

**DEMOKRATIEERZIEHUNG
IN MITTEL- UND OSTEUROPA**

**DEMOKRATIEERZIEHUNG
IN MITTEL- UND OSTEUROPA**

Ergebnisse aus dem
Civic-Education Projekt der IEA

DETLEF OESTERREICH

Max-Planck-Institut für Bildungsforschung



**FONDS
ERINNERUNG UND ZUKUNFT**
der Stiftung
Erinnerung, Verantwortung und Zukunft

Impressum

© 2005 Fonds „Erinnerung und Zukunft“, Berlin

Verantwortlich: Dr. Ralf Possekel

Diese Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung
des Fonds „Erinnerung und Zukunft“ dar.

Für die inhaltlichen Aussagen trägt der Autor die Verantwortung.

Gestaltung: Sonja Frank Grafikdesign, Berlin

Produktion: HillerMedien, Berlin

Druck: Eppler & Buntdruck, Berlin

ISBN-10: 3-9810631-0-4

ISBN-13: 978-3-9810631-0-3

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	7
1. Untersuchungsansatz	9
2. Das Civic-Education Projekt der IEA	11
3. Ergebnisse der Untersuchung	13
3.1. Politisches Wissen	13
3.2. Demokratische Einstellungen	18
3.2.1. Positive Einstellung zur Demokratie	19
3.2.2. Pflichten des Einzelnen in der Gesellschaft	21
3.2.3. Aufgaben der Regierung	25
3.2.4. Rechte von Frauen und von Ausländern	27
3.3. Demokratische Handlungsbereitschaft	31
3.3.1. Bereitschaft zu politischem Handeln	31
3.3.2. Politisches Handeln	35
3.4. Vertrauen in gesellschaftliche Institutionen	38
3.5. Erfahrungen der Jugendlichen in der Schule	40
4. Zusammenfassende Überlegungen	42
5. Literatur	47
6. Anhang	49
Der Fonds „Erinnerung und Zukunft“	54

Vorwort

Die älteren westlichen und die jüngeren östlichen Demokratien Europas stehen gleichermaßen vor der Aufgabe, die junge Generation für die demokratische Lebensform zu gewinnen und zu verantwortungsbereiten Bürgern zu erziehen. Während internationale Bildungsstudien die staatlichen Schulsysteme immer wieder auf den Prüfstand stellen und nach den Schulergebnissen fragen, gibt es für das Lernziel „Demokratie“ bisher keine allgemein anerkannten Bildungsstandards. Auch besteht erhebliche Unsicherheit darüber, wie öffentliche Schulen unter den Bedingungen der Gegenwart ihren staatsbürgerlichen Bildungsauftrag erfüllen können und sollen.

Der Fonds „Erinnerung und Zukunft“ will im Rahmen seines Schwerpunktes „Geschichte und Menschenrechte“ durch Förderung internationaler Bildungsprojekte zur historischen Bildung und Demokratieerziehung in Deutschland und in den östlichen Nachbarländern beitragen. In Schulpartnerschaften und Geschichtswerkstätten werden neue Wege historisch-politischer Bildung junger Menschen und der Verständigung zwischen den Völkern erprobt.

Um das wechselseitige Verständnis der gemeinsamen Aufgabe zu erleichtern, stellt der Fonds „Erinnerung und Zukunft“ hier die Ergebnisse einer vergleichenden Studie zur Demokratieerziehung vor, an der im Jahre 1999 insgesamt 28 Länder teilgenommen haben.

Dr. Detlef Oesterreich, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Max-Planck-Institut für Bildungsforschung und Leiter des deutschen Beitrags zur internationalen Studie der International Association for the Evaluation of Educational Achievement (IEA), hat die Daten dieser Studie ausgewertet. In seinem Beitrag vergleicht er die politische Bildung von 14-jährigen Jugendlichen aus den acht im Jahre 2004 der Europäischen Union beigetretenen Ländern mit der von Jugendlichen aus den westlichen Industrienationen, wobei die Daten Deutschlands nach Ost und West aufgeschlüsselt sind. In den Vergleich einbezogen sind weiterhin Jugendliche aus den beiden EU-Beitrittskandidaten Rumänien und Bulgarien sowie aus Russland.

Möge die Studie Eltern und Lehrern, Bildungspolitikern und Bildungsforschern nützliche Anregungen geben und sie ermutigen, sich nachdrücklich für gute „Schulen in der Demokratie und für die Demokratie“ einzusetzen.

DR. ULRICH BOPP

Vorstand der Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“

1. Untersuchungsansatz

Mitte 2004 ist die EU um insgesamt zehn Mitgliedsstaaten erweitert worden. Acht der neuen Mitglieder sind ehemals sozialistische Staaten, bis auf Slowenien allesamt Staaten aus dem Einflussbereich der ehemaligen Sowjetunion. Die Veränderungen, die in diesen Ländern innerhalb von gut zehn Jahren stattgefunden haben, betreffen nicht nur die politische und die wirtschaftliche Ordnung, sondern auch das Bildungssystem. Der Bildungsauftrag der Schulen hat sich in diesen Jahren grundlegend gewandelt.

Die Veränderungen und Reformen wurden innerhalb der bestehenden Gesellschaften geleistet. Von daher stellt sich die Frage, in welchem Maße die junge Generation in den ehemals sozialistischen Ländern tatsächlich zu einer demokratischen Grundeinstellung erzogen wird und nicht Vieles, was an Veränderungen propagiert wird, nur auf der Ebenen von Absichtserklärungen geblieben ist. Immerhin bestehen in den ehemals sozialistischen Ländern viele der etablierten Strukturen weiter, und auch die Lehrerschaft ist ja dort nicht mit dem Systemwechsel ausgetauscht worden.

Im Osten Deutschlands war dieser Systemwechsel in mancher Hinsicht anders. Einerseits wurden Systemveränderungen, aber auch personale Veränderungen, sehr viel radikaler vorgenommen. Dies lässt grundsätzlich einschneidendere Veränderungen bei den Werten und Orientierungen der Jugendlichen erwarten. Andererseits wurden viele der heute in den neuen Bundesländern bestehenden Strukturen aus dem Westen zwangsimpportiert. Dies könnte durchaus die Akzeptanz dieser neuen Strukturen behindert haben.

Wir wollen im Folgenden den Stand der politischen Bildung von 14-jährigen Jugendlichen in den neuen EU-Mitgliedsländern analysieren. Wir tun dies an Hand der Daten des Civic-Education Projekts der International Association for the Evaluation of Educational Achievement (IEA) aus dem Jahre 1999, die einen breiten Überblick zu den verschiedenen Aspekten politischer Bildung geben.

Politische Bildung hat drei Zielsetzungen. Sie will

- politisches Verständnis,
- eine demokratische Grundhaltung sowie
- die Bereitschaft zu demokratischem politischem Handeln

vermitteln. Diese Aufgaben ergeben sich aus den Anforderungen an eine lebendige Demokratie.

Die Vermittlung politischen Wissens und politischen Verstehens muss sich an den Erkenntnissen über fachlich qualifizierten Unterricht orientieren: Es müssen Grundkenntnisse vermittelt werden, kognitive Kompetenzen, die ein Verstehen von Zusammenhängen ermöglichen. Dies gilt für so unterschiedliche Fächer wie die Mathematik, Sprachen, Geschichte, aber auch die politische Bildung.

Fachlich qualifizierter Unterricht im Bereich der politischen Bildung bringt aber noch keine demokratische Grundhaltung oder eine demokratische Handlungsbereitschaft hervor. Wer etwas von Politik versteht, ist noch lange kein guter Demokrat. Das Erlernen demokratischen Handelns und der Aufbau einer demokratischen Grundhaltung sind an ein Lernumfeld gebunden, in dem Grundregeln eines demokratischen Miteinander unterrichtet und praktiziert werden: Jugendliche müssen erfahren, dass andere Menschen andere Interessen haben, die ebenfalls ihre Berechtigung haben, sie müssen Konflikte austragen lernen, sie müssen lernen, Kompromisse zu schließen und lernen, mit anderen zur Durchsetzung gemeinsamer Interessen zu kooperieren.

Politisches Verständnis, politische Beteiligungsbereitschaft und eine demokratische Grundhaltung sind übergeordnete Ziele politischer Bildung. Sie schließen eine Vielzahl von Lernzielen ein. So gehören z. B. zur politischen Partizipation das Erfüllen demokratischer Pflichten, wie das Wählen, die Bereitschaft, politisch aktiv zu partizipieren, wie sich wählen zu lassen oder in eine politische Organisation einzutreten, darüber hinaus ein soziales politisches Engagement und die Bereitschaft, sich aktiv für politische Ziele einzusetzen, wie zum Beispiel durch friedliche Demonstrationen [siehe hierzu Kaase und Newton 1995]. Eine demokratische Grundhaltung meint eine individuelle Eigenschaft, deren zentrale Merkmale Toleranz, Einfühlungsvermögen und Kompromissbereitschaft sind. Sie zeigt sich auf der Ebene politischer Einstellungen im Einsatz für die Rechte von Minderheiten und von Frauen sowie in einer Ablehnung von Gewalt. Politisches Wissen wiederum schließt sowohl Grundkenntnisse über den demokratisch verfassten Rechtsstaat ein als auch ein Verstehen aktueller politischer Vorgänge.

Die Bedeutung von politischer Bildung wird in der Regel unterschätzt. Dies liegt daran, dass unter politischer Bildung oft nur Staatsbürgerkunde verstanden wird. Politische Bildung zielt aber nach den Rahmenrichtlinien aller deutschen Bundesländer und denen vieler anderer Staaten auf die Erziehung zu einem mündigen Bürger, der autonom und kritisch in der Lage ist, seine Interessen zu

artikulieren und am politischen Geschehen teilzunehmen [Trommer 1999; Torney-Purta, Schwille und Amadeo 1999].

2. Das Civic-Education Projekt der IEA

Das Civic-Education Projekt vergleicht die politische Bildung von Jugendlichen in 28 Ländern. In allen an der Untersuchung teilnehmenden Ländern wurden in repräsentativen Erhebungen Jugendliche der Altersgruppe 14 bis 15 Jahre befragt. Die Untersuchung fand 1999 statt. Das Projekt wurde von der International Society for the Evaluation of Educational Achievement (IEA) entwickelt und organisiert. Die Durchführung der Untersuchungen wurde jeweils national finanziert, die Koordinierungskosten für die Untersuchung wurden mit Geldern von Stiftungen und Forschungsorganisationen, u. a. der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) finanziert.¹

Ein zentrales Ziel der Civic-Education-Studie war, die politische Bildung von Schülern und Schülerinnen am Ende ihrer Schulzeit zu erheben. Da in einigen der teilnehmenden Ländern aber nur bis zum Alter von 14 Jahren Schulpflicht besteht, wurde entschieden, Jugendliche in derjenigen Schulstufe zu befragen, in der sich zum Untersuchungszeitpunkt (Frühjahr 1999) der überwiegende Anteil der 14-jährigen befand. In Deutschland und in den meisten anderen Ländern sind dies die 8. Klassen, in einigen wenigen Ländern die 9. Klassen.

An der empirischen Untersuchung haben sich vor allem westliche Demokratien (neben europäischen Staaten die USA und Australien) und ehemals sozialistische, osteuropäische Länder beteiligt, zudem zwei südamerikanische Länder (Chile und Kolumbien) sowie Hongkong. Für die Untersuchung wurden in allen teilnehmenden Ländern repräsentative Stichproben gezogen. Insgesamt wurden rund 94 000 Schüler und Schülerinnen befragt. Die Stichprobe der deutschen Untersuchung umfasst 3700 Jugendliche. Befragt wurden die Schüler und Schülerinnen ganzer Schulklassen.

¹ Die Erhebungen wurden auf nationaler Ebene von den zuständigen Schulbehörden durchgeführt. Ausnahme ist Deutschland, in dem die Untersuchung in der Verantwortung des Berliner Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung durchgeführt wurde. Wegen der föderalen Struktur der Bundesrepublik wäre eine Entscheidung über die Durchführung der Untersuchung in den Kompetenzbereich jedes einzelnen der 16 Bundesländer gefallen. Auch die Kosten hätten die einzelnen Bundesländer tragen müssen. Da die Untersuchung vom Max-Planck-Institut durchgeführt wurde, musste nur die Genehmigung der Bundesländer vorliegen.

Der Fragebogen wurde von den Forschern und Forscherinnen der teilnehmenden Länder in Kooperation mit einem internationalen Leitungsgremium entwickelt.²

Die zentralen Fragen der vorliegenden Analyse sind:

Welche Kenntnisse haben Jugendliche zum demokratisch verfassten Rechtsstaat?

Wie ist ihre Einstellung zur Demokratie?

Wie tolerant sind ihre Einstellungen?

Wie groß ist ihre Bereitschaft, politisch zu handeln?

Wie stark ist ihr Vertrauen in die politischen Strukturen der jeweiligen Länder?

Welche Erfahrungen machen Jugendliche im Unterricht ihrer Schulen?

An der Untersuchung haben sich insgesamt elf ehemals sozialistische Länder beteiligt. Um bei der Darstellung der Ergebnisse nicht zu viele Zahlen zu präsentieren, haben wir die Länder zu Gruppen zusammengefasst. Dies macht zum einen politisch und historisch Sinn, darüber hinaus aber auch von den Ergebnissen her. Die Antworten der Jugendlichen aus Ländern wie z.B. Polen oder Tschechien sind sich insgesamt sehr viel ähnlicher im Vergleich zu Antworten der Jugendlichen aus den baltischen Staaten oder aus Russland.

Es wurden folgende Gruppen unterschieden und in den Tabellen dargestellt:

- die 2004 der EU beigetretenen mitteleuropäischen, ehemals sozialistischen, Länder (Polen, Tschechien, Slowakei, Ungarn und Slowenien)
- Baltische Staaten (Estland, Lettland, Litauen)
- EU-Beitrittskandidaten (Rumänien, Bulgarien)
- Russland.

Gegenübergestellt werden diese Länder den reichen westlichen Industrienationen (Deutschland, Schweiz, Schweden, Dänemark, Finnland, Norwegen, Belgien [französischsprachiger Teil], Italien, England, USA, Australien). Deutschland mit der Unterteilung in Ost und West wird in jeder Tabelle gesondert ausgewiesen. Schließlich haben wir, wenn es von besonderem Interesse schien, die Ergebnisse einzelner Länder, wie z.B. der USA oder Griechenlands

² Grundlage der Fragebogenentwicklung waren gemeinsam in einer 1. Phase des Projekts getroffene Festlegungen über die Zielsetzungen politischer Bildung und ihre Inhalte sowie die Methoden ihrer Erfassung [siehe hierzu Torney-Purta, Schwille und Amadeo 1999; Händle, Oesterreich und Trommer 1999]. Der Fragebogen wurde in Englisch formuliert und dann in die jeweiligen Landessprachen übersetzt. Der internationale Forschungsbericht wurde 2001 publiziert [Torney-Purta u. a. 2001], der Bericht für Deutschland 2002 [Oesterreich 2002].

angefügt. Bei der Darstellung der Ergebnisse habe ich bewusst auf signifikanzstatistische Angaben verzichtet. Sie sind Laien meistens unverständlich und bei Untersuchungen mit so großen Populationen sowieso wenig aussagekräftig. Schon kleine Unterschiede sind signifikant. Wenn im Text deshalb von Unterschieden die Rede ist, sind dies immer signifikant (mindestens am 5-Prozent Niveau) deutliche Unterschiede, mindestens auf dem 1-Prozent Niveau. Nicht signifikant sind Unterschiede, wenn sie als geringfügig, minimal, nur gering oder schwach charakterisiert werden.

3. Ergebnisse der Untersuchung

3.1. Politisches Wissen

Politische Bildung für verantwortliches politisches Handeln in der Demokratie erfordert ein Verständnis der Prinzipien und der politischen Wirklichkeit einer Gesellschaft. Dazu müssen Jugendliche politische Prozesse begreifen lernen, was wiederum nicht ohne Grundkenntnisse über politische Funktionszusammenhänge geht. Dies ist der Grundkonsens aller 28 an der internationalen Studie beteiligten Länder [Torney-Purta u. a. 1999].

Der von dem internationalen Forscherteam entwickelte Wissenstest umfasst 38 Fragen, die unterschiedlich schwer sind. Dies sind Fragen zu entscheidenden Merkmalen einer Demokratie und des demokratisch verfassten Rechtsstaats wie demokratische Grundprinzipien, Rechte und Pflichten von Bürgern in einem demokratischen Rechtsstaat, Merkmale undemokratischer Regimes, Bedrohungen der Demokratie, Probleme des Übergangs von einer undemokratischen zu einer demokratischen Regierung, wirtschaftliche Belange und ihre politische Bedeutung, die Rolle von Massenmedien in einer Demokratie, die Bedeutung der Wahrung von Menschenrechten und der Stellenwert wichtiger internationaler Organisationen. Bei der Konstruktion der Fragen wurde versucht, neben reinen Wissensfragen (insgesamt 25 Fragen) auch Fragen einzubeziehen, die in stärkerem Maße auf der Anwendung von Fähigkeiten beruhen (13 Fragen). Hier geht es um den Nachweis, politische Informationen schlussfolgernd anwenden zu können.

Alle Fragen sind als so genannte multiple-choice-Fragen konzipiert. Auf jede Frage folgen vier Antworten, von denen die richtige durch Ankreuzen zu benennen ist. Da die Richtlinien der IEA keine Publikation von Leistungstests erlauben, konnten nur einige dieser Fragen publiziert werden. Wir geben aus diesen Fragen drei Beispiele für reine Wissensfragen und eines für

eine Fähigkeitsfrage (die richtigen Antworten sind jeweils **fett gedruckt**) an:

1. Warum gibt es in einer Demokratie mehr als eine Partei?
 - A. Damit im Bundestag (Parlament) verschiedene Meinungen vertreten sind**
 - B. Um Bestechung in der Politik zu begrenzen
 - C. Um politische Demonstrationen zu verhindern
 - D. Um wirtschaftlichen Wettbewerb anzuregenProzentsatz der richtigen Antworten 76,6 Prozent.

2. Was passiert wahrscheinlich, wenn ein großer Verlag viele kleinere Zeitungen eines Landes aufkauft?
 - A. Eine staatliche Zensur der Nachrichten ist wahrscheinlicher.
 - B. Die Vielfalt der Meinungen nimmt ab.**
 - C. Die Zeitungen in diesem Land werden billiger.
 - D. Es gibt in den Zeitungen weniger Werbung.Prozentsatz der richtigen Antworten 59,2 Prozent.

3. In einer demokratischen Gesellschaft ist es wichtig, verschiedene Vereine und Organisationen zu haben, denen sich Menschen anschließen können, da es so ...
 - A. eine Gruppe gibt, die verhaftete Mitglieder verteidigt.
 - B. viele Steuerquellen für die Regierung gibt.
 - C. Möglichkeiten zur öffentlichen Diskussion verschiedener Standpunkte gibt.**
 - D. für die Regierung die Möglichkeit gibt, über neue Gesetze zu berichten.Prozentsatz der richtigen Antworten 71,0 Prozent.

Bei der Fähigkeitsfrage wird das Flugblatt einer politischen Partei vorgegeben:

4. Wir Bürger/innen haben genug!

Die Silber-Partei zu wählen, bedeutet höhere Steuern zu wählen. Es bedeutet das Ende des wirtschaftlichen Wachstums und eine Verschwendung unseres nationalen Reichtums. Stimmen Sie stattdessen für wirtschaftliches Wachstum und freies Unternehmertum. Stimmen Sie dafür, dass mehr Geld in der Brieftasche jedes Einzelnen bleibt! Lassen Sie uns nicht weitere vier Jahre verschwenden! Wählen Sie die Gold-Partei!

Dies ist ein Flugblatt, das wahrscheinlich verfasst wurde von ...

- A. der Silber-Partei.
 - B. einer Partei oder Gruppe, die Gegner der Silber-Partei ist.**
 - C. einer Gruppe, die sicherstellen möchte, dass die Wahlen fair sind.
 - D. der Silber-Partei und der Gold-Partei zusammen.
- Prozentsatz der richtigen Antworten 66,7 Prozent.

Wir werden im Folgenden darstellen, in welchem Maße die Jugendlichen der verschiedenen Länder bzw. Ländergruppen die 38 Fragen des internationalen Wissenstests richtig beantwortet haben (siehe Tabelle 1). Im Durchschnitt beantworten 62,9 Prozent der 94000 Jugendlichen diese Fragen richtig, die reinen Wissensfragen werden von 64,7 Prozent richtig beantwortet, die Fähigkeitsfragen von 59,5 Prozent. Die Fähigkeitsfragen sind also im Durchschnitt etwas schwerer als die reinen Wissensfragen.

Die Jugendlichen in den osteuropäischen EU-Beitrittsländern weichen von diesem internationalen Durchschnitt alle zusammengenommen kaum ab. Allerdings gibt es zwischen den verschiedenen ehemals sozialistischen Staaten große Unterschiede. So haben bei den 2004 der EU beigetretenen Ländern die Jugendlichen aus den drei baltischen Staaten ein deutlich geringeres politisches Wissen als die Jugendlichen aus den mitteleuropäischen Staaten (56,6 Prozent gegenüber 68,4 Prozent).

Bemerkenswert ist, dass die polnischen Jugendlichen mit einer richtigen Beantwortung der Fragen von 73,7 Prozent das beste politische Wissen aller an der Studie beteiligten 28 Länder haben. In Polen, aber auch den anderen mitteleuropäischen Staaten Tschechien, Slowakei, Ungarn und Slowenien hat früher als in anderen sozialistischen Ländern eine Orientierung an westlichen Werten und Ideen stattgefunden. Dies könnte die überdurchschnittlich hohen Kenntnisse zum demokratisch verfassten Rechtsstaat der 14-jährigen Jugendlichen aus diesen Staaten begründen. Es mag aber auch der Wunsch dieser Staaten, „vollwertige“ Mitglieder der Europäischen Union zu werden, die Bildungsinstitutionen bewogen haben, den Jugendlichen vorrangig ein Verständnis von Demokratie zu vermitteln, dass dem des westlichen Auslandes entspricht.

Jugendliche aus allen ehemals sozialistischen Ländern verfügen – sieht man sich die Zusammensetzung ihres politischen Wissens an – über deutlich bessere Kenntnisse zum demokratisch verfassten Rechtsstaat als über die Fähigkeit, aus politischem Wissen zu schlussfolgern. Bei den Jugendlichen aus den 2004 der EU beigetretenen mitteleuropäischen Staaten beantworten durchschnittlich 71,1 Prozent die reinen Wissensfragen richtig, aber nur 63,3 Prozent die Fähigkeitsfragen (7,8 Prozentpunkte Differenz). Bei den reichen westlichen Industrienationen gibt es dagegen überhaupt keinen Unterschied im Grad der richtigen Beantwortung der Wissensfragen – 65,5 Prozent gegenüber 65,3 Prozent (0,2 Prozentpunkte Differenz).

Tabelle 1. Kenntnisse zum demokratisch verfassten Rechtsstaat (Wissenstest)
(Prozentsatz richtiger Antworten)

	Kenntnisse zum demokratisch verfassten Rechtsstaat	Davon: Wissensfragen	Davon: Fähigkeitsfragen
Reiche Industrieländer	65,2	65,3	65,1
Deutschland	64,0	65,2	61,7
■ Westdeutschland	65,5	66,6	63,4
■ Ostdeutschland	60,0	61,6	56,8
2004 der EU beigetretene mitteleuropäische Länder	68,4	71,1	63,3
Polen	73,7	77,2	66,9
Baltische Staaten	56,6	58,9	52,1
Osteuropäische EU-Beitrittskandidaten	57,4	61,4	49,8
Russland	62,6	66,7	54,8
USA	69,1	66,3	74,3
internationaler Durchschnitt	62,9	64,7	59,5

Die jeweils höchsten und niedrigsten Prozentzahlen sind **fett** gedruckt.

Speziell bei den Jugendlichen aus den USA ist der Prozentsatz der richtigen Antworten bei den Fähigkeitsfragen sogar deutlich größer als bei den reinen Wissensfragen. Hier beantworten 66,3 Prozent der Jugendlichen die reinen Wissensfragen richtig und 74,3 Prozent die Fähigkeitsfragen. Das gute Ergebnis für die US-amerikanischen Jugendlichen dürfte allerdings mit dadurch bedingt sein, dass der Test in Englisch konzipiert wurde und trotz der Übersetzungen in die jeweiligen Landessprachen Jugendliche aus englischsprachigen Ländern einen gewissen Vorteil bei der Beantwortung der Fragen haben. Dies gilt insbesondere für die schlussfolgernden Fragen, bei denen die Sprachkompetenz eine wichtigere Rolle spielt als bei reinen Wissensfragen.

Auch bei den beiden anderen englischsprachigen Teilnehmerstaaten England und Australien ist der Prozentsatz der richtigen Antworten bei den Fähigkeitsfragen größer als bei den reinen Wissensfragen.

Besonders groß ist die Differenz bei der Beantwortung der Wissens- und Fähigkeitsfragen bei den russischen Jugendlichen, die – obwohl beim Wissenstest insgesamt durchschnittlich – bei den Fähigkeitsfragen nur unterdurchschnittlich abschneiden. Es gibt 66,7 Prozent richtige Antworten bei den reinen Wissensfragen (also genau so viele wie in den USA) aber nur 54,8 Prozent bei den Fähigkeitsfragen, wodurch eine Differenz von 11,9 Prozentpunkten vorhanden ist.

Welche spezifischen Kenntnisse haben die osteuropäischen Jugendlichen? Welche der 38 Fragen beantworten sie überdurchschnittlich häufig richtig, welche überdurchschnittlich häufig falsch?

Deutlich besser beantworten Jugendliche aus den 2004 der EU beigetretenen mitteleuropäischen Staaten Fragen zu formalen demokratischen Rechten und Fragen, die das parlamentarische System betreffen, wie Wahlrecht, Funktion von Wahlen, Parlament und Parteien, Pressefreiheit. Deutlich schlechter sind sie bei mehr alltagspraktischen demokratischen Rechten; so z.B. beim Auffinden einer geschlechtsspezifischen Diskriminierung (Der Grundsatz der Gleichbehandlung ist dann verletzt, wenn jemand wegen seines Geschlechts bei gleichem Beruf schlechter bezahlt wird.) oder der Erkenntnis, dass es eine Tatsache und nicht eine Meinung ist, dass in vielen Ländern reiche Menschen höhere Steuern bezahlen als ärmere Menschen.

Dieser Unterschied zwischen Kenntnissen zum Parlamentarismus und Kenntnissen alltagspraktischer demokratischer Rechte sowie Charakteristika von Demokratien ist bei allen Jugendlichen aus dem Osten vorhanden, also auch bei den Jugendlichen aus den baltischen Staaten, den beiden EU-Beitrittskandidaten Rumänien und Bulgarien sowie Russland, wobei in diesen Ländern insgesamt das Niveau des politischen Wissens geringer ist als in den 2004 der EU beigetretenen mitteleuropäischen Ländern.

Es gibt also zwei Unterschiede zwischen den Jugendlichen aus den reichen westlichen Industrienationen und den Jugendlichen aus den ehemals sozialistischen Ländern: Jugendliche aus den ehemals sozialistischen Ländern schneiden bei den reinen Wissensfragen deutlich besser ab als bei den Fragen zu politischen Schlussfolgerungen und sie sind besser über formale Merkmale der Demokratie unterrichtet als über die Rechte des Einzelnen. Dies bestätigt Überlegungen, dass das in Osteuropa von Jugendlichen entwickelte Demokratieverständnis weniger auf alltagspraktisch gelebter Demokratie beruht, sondern

mehr auf formalem Wissen zum demokratisch verfassten Rechtsstaat, insbesondere dem parlamentarischen System. Angesichts der Tatsache, dass zum Zeitpunkt der Untersuchung im Jahre 1999 weniger als zehn Jahre nach dem gesellschaftlichen Umbruch vergangen sind, kann dies jedoch nicht überraschend sein. Dass die Jugendlichen aus den ehemals sozialistischen Ländern dennoch insgesamt durchschnittlich abschneiden, muss als eine eindeutig positive Entwicklung gesehen werden.

Deutschland nimmt beim Test zum politischen Wissen einen mittleren Rang ein, wobei das politische Wissen der Jugendlichen im Osten etwas geringer ist als im Westen. Im Westen beantworten 65,5 Prozent der Jugendlichen die Fragen richtig, im Osten 60,0 Prozent. Die ostdeutschen 14-jährigen Jugendlichen haben damit ein deutlich geringeres Wissen über den demokratisch verfassten Rechtsstaat als die Jugendlichen aus den 2004 der EU beigetretenen mitteleuropäischen Staaten. Sie liegen mit ihren politischen Kenntnissen zwischen Russland (62,6 Prozent richtige Antworten) einerseits und den baltischen Staaten (56,6 Prozent richtige Antworten) sowie den EU-Beitrittskandidaten (57,4 Prozent richtige Antworten) andererseits.

Jugendliche aus den ehemals sozialistischen Ländern haben unterschiedlich gute Kenntnisse über den demokratisch verfassten Rechtsstaat. Während die Jugendlichen aus den 2004 der EU beigetretenen mitteleuropäischen Ländern Polen, Tschechien, Slowakei, Ungarn und Slowenien überdurchschnittlich gute Kenntnisse haben, sind die der Jugendlichen aus den baltischen Staaten, aber auch den beiden EU-Beitrittskandidaten Rumänien und Bulgarien nur unterdurchschnittlich. Jugendliche aus Osteuropa haben vor allem mit Jugendlichen aus westlichen Demokratien vergleichbare Grundkenntnisse über den demokratisch verfassten Rechtsstaat, insbesondere das parlamentarische System. Demgegenüber ist ihre Fähigkeit, mit politischem Wissen schlussfolgernd umzugehen, weniger ausgeprägt.

3.2. Demokratische Einstellungen

Zu den demokratischen Einstellungen zählen neben einer positiven Einstellung zur Demokratie auch die Einstellungen zu den Rechten und Pflichten des Einzelnen in der Gesellschaft, Auffassungen darüber, welche Leistungen der Staat in der Gesellschaft zu erbringen habe sowie Einstellungen zum Umgang mit Minderheiten in der Gesellschaft.

3.2.1. Positive Einstellung zur Demokratie

Auch sozialistische Länder haben sich als demokratisch regierte Länder verstanden, wobei sich jedoch die Definition von Demokratie deutlich von der in westlichen Industrienationen gebräuchlichen unterschied. Im westlichen Demokratiebegriff hat individuelle Freiheit einen zentralen Stellenwert, während in den sozialistischen Ländern vor allem die Einbindung in die Gemeinschaft, in das Kollektiv, im Vordergrund stand. Es ließe sich also erwarten, dass auf Grund dieses Unterschieds Jugendliche in den sozialistischen Ländern auch heute noch den Schwerpunkt eines Verständnisses von Demokratie anders setzen als im Westen.

Dies ist jedoch nicht der Fall. Wir haben in unserer Untersuchung insgesamt 24 Fragen zum Bild von einer gut funktionierenden Demokratie gestellt. Dieses Bild ist – mit kleinen Abstufungen – in allen 28 an der Untersuchung beteiligten Ländern gleich. 14-jährige Jugendliche haben ein einfaches, sich an den Kategorien gut und schlecht orientierendes Bild von der Demokratie: gut für die Demokratie ist, wenn individuelle Freiheiten und Bürgerrechte gewahrt sind, schlecht, wenn mächtige Einzelgruppen zuviel Einfluss in der Gesellschaft haben.

In dieser einfachen Grundhaltung gegenüber der Demokratie gibt es dann allerdings doch beträchtliche Unterschiede zwischen den Jugendlichen verschiedener Nationen. Wir haben, um die Einstellungen zur Demokratie vergleichen zu können, insgesamt 14 der Fragen zu einer Skala „Positives Bild von der Demokratie“ zusammengefasst. Dieser Index enthält die folgenden Fragen:

Es ist gut für die Demokratie, wenn ...

- alle das Recht haben, ihre Meinung frei zu äußern.
- führende Politiker Stellen in der Regierung an Familienmitglieder vergeben. (Ablehnung)
- Zeitungen nicht vom Staat kontrolliert werden.
- einem Unternehmen alle Zeitungen gehören. (Ablehnung)
- Menschen ihre politischen und sozialen Rechte fordern.
- Kritikern der Regierung verboten wird, auf öffentlichen Veranstaltungen zu sprechen. (Ablehnung)
- Bürger/innen das Recht haben, ihre Regierung frei zu wählen.
- Gerichte und Richter durch Politiker beeinflusst werden. (Ablehnung)
- es viele verschiedene Organisationen gibt, in denen Menschen Mitglieder werden können.
- für jeden ein Mindesteinkommen gesichert ist.
- politische Parteien unterschiedliche Meinungen zu wichtigen Fragen haben.

Tabelle 2. Positives Bild von der Demokratie (Prozentsatz richtiger Antworten)

	Positives Bild von der Demokratie
Reiche Industrieländer	77,6
Deutschland	80,5
■ Westdeutschland	80,9
■ Ostdeutschland	79,0
2004 der EU beigetretene mitteleuropäische Länder	77,0
Baltische Staaten	69,4
Osteuropäische EU-Beitrittskandidaten	70,8
Russland	73,6
internationaler Durchschnitt	75,5

Die jeweils höchsten und niedrigsten Prozentzahlen sind **fett** gedruckt.

- alle Fernsehsender die gleichen politischen Ansichten präsentieren. (Ablehnung)
- reiche Geschäftsleute mehr Einfluss auf die Regierung haben als andere Leute. (Ablehnung)
- Menschen friedlich gegen ein Gesetz protestieren, das sie für ungerecht halten.

Tabelle 2 gibt einen Überblick über die positive Einstellung zur Demokratie.³ Jugendliche aus den reichen westlichen Industrienationen haben ein geringfügig positiveres Bild von der Demokratie (77,6 Prozent) als Jugendliche aus den ehemals sozialistischen Ländern. In den baltischen Staaten ist dieses Bild am wenigsten positiv mit einer Zustimmung zu den Fragen von 69,4 Prozent. Die Jugendlichen der 2004 der EU beigetretenen mitteleuropäischen Länder (77,0 Prozent Zustimmung) unterscheiden sich dagegen in ihrem positiven Bild von der Demokratie nicht von den Jugendlichen westlicher Demokratien. Auch

³ Die in Tabelle 2 angegebenen Prozentzahlen beruhen auf der Zusammenlegung der beiden Antwortkategorien „ist gut für die Demokratie“ und „ist sehr gut für die Demokratie“ auf einer insgesamt vier Punkte umfassenden Skala, die von „ist sehr schlecht für die Demokratie“ bis hin zu „ist sehr gut für die Demokratie“ reicht.

die russischen Jugendlichen haben nur etwas niedrigere Werte (73,6 Prozent Zustimmung).

In Deutschland – Ost wie West – gibt es durchgängig ein positives Bild von der Demokratie (80,9 Prozent im Westen und 79,0 Prozent im Osten). Es liegt über dem internationalen Durchschnitt und auch leicht über dem Durchschnitt der reichen westlichen Industrienationen.

Jugendliche in den ehemals sozialistischen Ländern haben ein ähnliches, positives Bild von der Demokratie wie Jugendliche aus traditionellen westlichen Demokratien. Offensichtlich hat sich in den ehemals sozialistischen Gesellschaften, zumindest jedoch in den Bildungsinstitutionen, ein Demokratieverständnis durchgesetzt, das sich in seinen Grundzügen von dem westlichen nicht nennenswert unterscheidet.

3.2.2. Pflichten des Einzelnen in der Gesellschaft

Demokratie schließt neben den Rechten des Einzelnen gegenüber dem Staat und der Gemeinschaft immer auch seine Verantwortung gegenüber Staat und Gemeinschaft ein. Die insgesamt 15 Fragen, die zu den Pflichten des Einzelnen in der Demokratie gestellt wurden, thematisieren vor allem zwei zentrale Themen: konventionelle staatsbürgerliche Pflichten und soziales Engagement des Einzelnen für die Gemeinschaft.

Zu den konventionellen staatsbürgerlichen Pflichten gehören die folgenden Punkte: Ein guter Bürger/eine gute Bürgerin ...

- nimmt an jeder Wahl teil.
- tritt in eine politische Partei ein.
- kennt die Geschichte seines/ihres Landes.
- verfolgt politische Themen in der Zeitung, im Radio oder im Fernsehen.
- beteiligt sich an politischen Diskussionen.

Zum sozialen Engagement des Einzelnen für die Gemeinschaft zählen folgende Punkte: Ein guter Bürger/eine gute Bürgerin ...

- würde an einer friedlichen Demonstration gegen ein Gesetz teilnehmen, dass er/sie für ungerecht hält.
- nimmt an Aktionen teil, um Menschen in der Gemeinschaft zu helfen.
- setzt sich für die Einhaltung der Menschenrechte ein.
- nimmt an Aktionen für den Umweltschutz teil.

In Tabelle 3 wurden wiederum die zustimmenden Antwortkategorien, bei dieser Frage die Kategorien „eher wichtig“ und „sehr wichtig“, zusammengefasst. Tabelle 3 verdeutlicht, dass 14-jährige Jugendliche nicht nur Rechte, sondern auch Pflichten des Einzelnen in der Gesellschaft für wichtig halten. Mehr als drei Viertel aller Befragten bekennen sich sowohl zu konventionellen staatsbürgerlichen Pflichten als auch zu einem sozialen Engagement des Einzelnen für die Gemeinschaft.

In den ehemals sozialistischen Ländern ist diese positive Haltung gegenüber den Pflichten des Einzelnen in der Gesellschaft sogar stärker ausgeprägt als in den reichen westlichen Industrienationen. Dies überrascht bezüglich der konventionellen staatsbürgerlichen Pflichten wenig, da es Pflichten, wie wählen zu gehen (was das im Sozialismus auch immer geheißen haben mag), die Geschichte seines Landes zu kennen oder politische Themen in der Zeitung, im Radio oder im Fernsehen zu verfolgen, auch im Sozialismus gab.

In den reichen westlichen Demokratien wird seit den 70er Jahren darüber diskutiert, ob es einen Wandel der politischen Beteiligungsbereitschaft gerade

Tabelle 3. Pflichten des Einzelnen in der Gesellschaft (Zustimmung in Prozent)

	konventionelle staatsbürgerliche Pflichten	soziales Engagement des Einzelnen für die Gemeinschaft
Reiche Industrieländer	73,3	75,7
Deutschland	71,0	79,3
■ Westdeutschland	71,2	79,6
■ Ostdeutschland	70,4	78,6
2004 der EU beigetretene mitteleuropäische Länder	81,3	79,6
Baltische Staaten	77,6	76,2
Osteuropäische EU-Beitrittskandidaten	83,9	81,7
Russland	77,4	81,9
internationaler Durchschnitt	79,4	79,7

Die jeweils höchsten und niedrigsten Prozentzahlen sind **fett** gedruckt.

junger Menschen gibt [Kaase und Newton 1995]. Angenommen wird, dass dem Abbau eines konventionellen politischen Engagements eine Zunahme der Orientierung an sozialen Bewegungen gegenübersteht. Stichworte hierfür sind Umweltschutz- und Menschenrechtsorganisationen sowie eine erhöhte Demonstrationsbereitschaft. Die hohen Werte für das soziale Engagement im Osten verdeutlichen, dass es diese Entwicklung nicht nur in den reichen westlichen Industrienationen gegeben hat.

Von besonderem Interesse für ein Demokratieverständnis ist der Umgang mit den Menschenrechten. Dass die Menschenrechte ein hohes Gut sind, das es zu beachten gilt, dürfte für alle Jugendlichen unbestritten sein. Interessanter ist von daher zu sehen, wie sie antworten, wenn nationale Gesetze oder nationales Recht mit den Menschenrechten kollidieren. Wir haben zum Thema „Pflichten des Einzelnen in der Gesellschaft“ zwei Fragen zu einem angemessenen Umgang mit den Menschenrechten gestellt:

- Ein guter Bürger/eine gute Bürgerin setzt sich für die Einhaltung der Menschenrechte ein.
- Ein guter Bürger/eine gute Bürgerin wäre bereit ein Gesetz zu missachten, das die Menschenrechte verletzt.

Wie erwartet, ist die Zustimmung zu einer Einhaltung der Menschenrechte bei allen befragten Jugendlichen sehr groß (siehe Tabelle 4). Insbesondere die deutschen Jugendlichen bekennen sich zu 90,8 Prozent zur Einhaltung der Menschenrechte. Deutlich andere Ergebnisse zeigen sich jedoch, wenn es um eine Entscheidung zwischen Menschenrechten und nationalen Gesetzen geht. Tabelle 4 zeigt, dass die Bereitschaft der deutschen Jugendlichen, ein Gesetz zu missachten, das die Menschenrechte verletzt, deutlich geringer ist als die von Jugendlichen aus anderen Ländern. Hier zeigt sich eine gesetzestreue Grundhaltung, die in Deutschland besonders ausgeprägt ist. Im Rahmen unserer Untersuchung gibt es einen solch starken Gegensatz zwischen einer Befürwortung der Befolgung von Gesetzen und der Einhaltung der Menschenrechte in ähnlichem Maße nur in der Schweiz.

In den sozialistischen Ländern ist die Bereitschaft für die Menschenrechte nationale Gesetze zu missachten deutlich größer. Bei den russischen Jugendlichen stimmen sogar vier Prozentpunkte mehr Jugendliche der Aussage „Ein guter Bürger/eine gute Bürgerin wäre bereit ein Gesetz zu missachten, dass die Menschenrechte verletzt“ zu als „Ein guter Bürger/eine gute Bürgerin setzt sich für die Einhaltung der Menschenrechte ein“. In Deutschland ist das

Tabelle 4. Einstellung zu den Menschenrechten (Zustimmung in Prozent)

	ein guter/e Bürger/in setzt sich für die Einhaltung der Menschenrechte ein	ein guter/e Bürger/in wäre bereit ein Gesetz zu missachten, das die Menschenrechte verletzt
Reiche Industrieländer	82,1	63,7
Deutschland	90,8	53,1
■ Westdeutschland	91,0	53,3
■ Ostdeutschland	90,5	52,1
2004 der EU beigetretene mitteleuropäische Länder	84,7	68,2
Baltische Staaten	83,2	78,1
Osteuropäische EU-Beitrittskandidaten	85,9	73,8
Russland	79,7	83,5
USA	83,9	61,5
Schweiz	87,3	53,1
internationaler Durchschnitt	84,4	67,5

Die jeweils höchsten und niedrigsten Prozentzahlen sind **fett** gedruckt.

Verhältnis der Antworten umgekehrt. Rund 40 Prozentpunkte mehr Jugendliche sagen „Ein guter Bürger/eine gute Bürgerin setzt sich für die Einhaltung der Menschenrechte ein“ als „Ein guter Bürger/eine gute Bürgerin wäre bereit ein Gesetz zu missachten, dass die Menschenrechte verletzt“.

Diese Ergebnisse sprechen für ein demokratisches Grundverständnis bei den osteuropäischen Jugendlichen. Es dürfte in den sozialistischen Gesellschaften bei der Generation ihrer Eltern im Rahmen des Widerstandes gegen die Regimes dieser Länder entstanden sein. Dieser Widerstand orientierte sich an den Menschenrechten, die teilweise im Gegensatz zu nationalen Gesetzen standen.

Auch in Ostdeutschland hat es diesen Widerstand gegen den Sozialismus gegeben. Dass die ostdeutschen Jugendlichen sich dennoch von den westdeutschen Jugendlichen mit ihrer stark gesetzestreuen Grundhaltung nicht unterscheiden, zeigt, dass sich die 14-Jährigen im Osten weitgehend in das westdeutsche Einstellungs- und Wertesystem integriert haben. Von der Aufbruchshaltung der

Elterngeneration, die auch im Namen der Menschenrechte die „Wende“ erzwungen hatte, scheinen die Jugendlichen weit entfernt. Andererseits muss natürlich gesehen werden, dass es in der Bundesrepublik kaum nationale Gesetze gibt, die den Menschenrechten widersprechen würden. Von daher mag ein Gegensatz zwischen nationalen Gesetzen und Menschenrechten im Bewusstsein dieser Jugendlichen als künstlich erscheinen.

14-jährige Jugendliche wissen gut, welche Pflichten sie als Staatsbürger/in haben. Dies sind vor allem die Befolgung von Gesetzen, die Einhaltung der Menschenrechte und soziale Unterstützung für andere. Dies gilt für die ehemals sozialistischen Länder in eher noch stärkerem Maße als für die reichen Industrienationen.

Jugendliche aus den ehemals sozialistischen Ländern haben eine geringere legalistische Grundhaltung als Jugendliche aus den reichen Demokratien, insbesondere Jugendliche aus Deutschland. Dies wird im Umgang mit den Menschenrechten deutlich. Mehr deutsche Jugendliche als Jugendliche anderer Länder meinen, das Engagement für die Menschenrechte sei eine wichtige Bürgertugend, während weniger deutsche Jugendliche bereit sind, ein Gesetz zu missachten, das die Menschenrechte verletzt.

3.2.3. Aufgaben der Regierung

Der Staat hatte im Sozialismus eine wesentlich zentralere Rolle als in den westlichen Demokratien. In unterstützender aber auch kontrollierender Absicht war der Staat für alles Mögliche zuständig. Entscheidender Unterschied zu den westlichen Demokratien war die Verantwortung des Staates für die Wirtschaft. Zwar sind mittlerweile alle osteuropäischen Staaten marktwirtschaftlich orientiert, doch könnte durchaus noch die Anspruchshaltung gegenüber dem Staat, für alles, auch die Wirtschaft zuständig zu sein, bestehen.

Wir haben in unserer Untersuchung insgesamt zwölf Fragen zu den Aufgaben der Regierung gestellt. Sie umfassen Aufgaben im wirtschaftlichen Bereich und allgemeine gesellschaftliche Aufgaben.

Zu den Aufgaben im wirtschaftlichen Bereich gehören:

- für jeden eine Arbeitsstelle garantieren, der eine möchte
- die Preise kontrollieren
- das Wachstum der Wirtschaft unterstützen
- Arbeitslosen einen angemessenen Lebensstandard sichern
- Einkommens- und Vermögensunterschiede zwischen den Menschen abbauen

Zu den allgemeinen gesellschaftlichen Aufgaben gehören:

- für jeden eine medizinische Grundversorgung sichern
- einen angemessenen Lebensstandard für ältere Menschen sicherstellen
- eine kostenlose Grundbildung für alle sichern
- Sicherstellen, dass Männer und Frauen gleiche politische Einflussmöglichkeiten haben
- die Umweltverschmutzung kontrollieren
- für Frieden und Ordnung im Lande sorgen
- Ehrlichkeit und moralisches Handeln unter den Menschen im Lande fördern

Jugendliche in den osteuropäischen Staaten unterscheiden sich weniger als erwartet in ihren Ansprüchen gegenüber dem Staat. Zwar sind ihre Ansprüche allgemein höher, insbesondere im wirtschaftlichen Bereich, die Unterschiede zu Jugendlichen aus den reichen westlichen Industrienationen sind jedoch, wenn man sich andere Themen unserer Untersuchung vor Augen hält, vergleichsweise gering. Markant werden die Unterschiede allerdings bei einem Vergleich

Tabelle 5. Vorstellung von den Aufgaben der Regierung
(Zustimmung zu bestimmten Aufgaben in Prozent)

	Aufgaben im Bereich der Wirtschaft	Allgemeine gesellschaftliche Aufgaben
Reiche Industrieländer	77,9	85,7
Deutschland	74,0	82,7
■ Westdeutschland	73,8	82,7
■ Ostdeutschland	74,4	82,3
2004 der EU beigetretene mitteleuropäische Länder	82,4	89,0
Baltische Staaten	79,3	82,9
Osteuropäische EU-Beitrittskandidaten	79,6	82,1
Russland	83,6	88,7
USA	67,3	86,2
Schweden	84,1	85,9
internationaler Durchschnitt	79,8	86,7

Die jeweils höchsten und niedrigsten Prozentzahlen sind **fett** gedruckt.

der russischen Jugendlichen zu den Jugendlichen aus den USA. Während in Russland 83,6 Prozent der Jugendlichen Aufgaben des Staates im ökonomischen Bereich sehen, sind dies in den USA nur 67,3 Prozent. Demgegenüber ergeben sich bei den allgemeinen Aufgaben des Staates kaum Differenzen zwischen Russland und den USA (88,7 Prozent gegenüber 86,3 Prozent).

Unterschiede im Anspruchsverhalten gegenüber Staat und Regierung gibt es aber auch deutlich zwischen einzelnen reichen westlichen Ländern, z. B. bei einem Vergleich zwischen den USA und Schweden. Schwedische Jugendliche sehen – ähnlich wie die russischen – zu 84,1 Prozent Aufgaben der Regierung im wirtschaftlichen Bereich gegenüber 67,3 Prozent der US-amerikanischen.

In Deutschland hat es bei den ostdeutschen Jugendlichen eine Angleichung des Bildes vom Staat an westliche Standards gegeben. Es finden sich zwischen den Jugendlichen in Ost und West keinerlei Unterschiede.

Jugendliche aus den ehemaligen sozialistischen Staaten haben nur geringfügig höhere Ansprüche an den Staat als Jugendliche aus den reichen westlichen Industrienationen – vor allem in seiner Verantwortung für den wirtschaftlichen Bereich. Aber auch die Jugendlichen der reichen Industrieländer sind überwiegend nicht der Auffassung, die Regierung habe sich aus der Wirtschaft weitgehend herauszuhalten.

3.2.4. Rechte von Frauen und von Ausländern

Zentral für eine demokratische Grundhaltung ist Toleranz: Toleranz gegenüber Andersdenkenden, Toleranz gegenüber Minderheiten, wie in der eigenen Gesellschaft lebenden Immigranten oder ethnischen Minderheiten, gegenüber Homosexuellen sowie der Einsatz für die Gleichberechtigung von Frauen. Wir werden im Folgenden die Einstellungen zu den Rechten von Frauen und zu den Rechten von Ausländern darstellen.

Frauen werden nach wie vor nicht gleiche Rechte wie Männern gewährt. Auch wenn die meisten Länder klare Gesetze haben, die eine Gleichbehandlung vorsehen und viele eine Diskriminierung von Frauen unter Strafe stellen, ist bislang dennoch in keinem Land eine vollständige Gleichberechtigung von Mann und Frau erreicht.

Wir haben im Rahmen unserer Untersuchung auch Einstellungen zu den Rechten von Immigranten oder ethnischen Minderheiten erfragt, die wir in der

Tabelle 6 als Rechte von Ausländern zusammengefasst haben.⁴

Zu den Rechten von Frauen wurden die folgenden sechs Fragen gestellt. Zwei Fragen thematisieren eine Ablehnung von Frauenrechten:

- Frauen sollten in jeder Hinsicht die gleichen Rechte haben wie Männer.
- Frauen sollten genauso wie Männer für öffentliche Ämter kandidieren und an der Regierung beteiligt sein.
- Frauen haben in der Politik nichts zu suchen. (Ablehnung)
- Wenn die Arbeitsplätze knapp sind, haben Männer mehr Recht auf einen Arbeitsplatz als Frauen.
- Männer und Frauen sollten die gleiche Bezahlung bekommen, wenn sie die gleiche Arbeit leisten.
- Männer sind besser zu politischer Führung geeignet als Frauen. (Ablehnung)

Zu den Rechten von Ausländern wurden die folgenden zehn Fragen gestellt. Eine Frage thematisiert eine Ablehnung von Ausländerrechten.

- Ausländer sollten die gleichen Chancen haben (in Deutschland) eine gute Ausbildung zu bekommen.
- Ausländer sollten die gleichen Chancen haben gute Arbeitsplätze zu bekommen.
- Die Schule sollte Schüler und Schülerinnen dazu erziehen Ausländer zu achten.
- Auch deutsche Bürger/innen ausländischer Herkunft sollten dazu ermuntert werden sich bei Wahlen aufstellen zu lassen.
- Ausländer sollten die Möglichkeit haben auch in Deutschland weiter ihre eigene Sprache zu sprechen.

⁴ Zum Begriff „Rechte von Ausländern“ sind zwei Vorbemerkungen zu machen. Im Rahmen der internationalen Untersuchung wurde einerseits nach den Rechten von ethnischen Minderheiten, andererseits nach den Rechten von Immigranten gefragt. In Deutschland haben wir in Absprache mit dem internationalen Leitungsgremium einheitlich den Begriff „Ausländer“ verwendet. In Vortests hatte sich gezeigt, dass viele Jugendliche mit den Begriffen „ethnische Minderheit“ und „Immigrant“ nichts anzufangen wissen.

Schwierig bei Fragen zu den Rechten von Ausländern ist auch der sehr unterschiedliche Erfahrungshintergrund, den Jugendliche verschiedener Nationen mit Ausländern haben. Während an der Untersuchung teilnehmende Länder wie die USA oder Australien ganz offiziell Einwanderungsländer sind, sind es die westeuropäischen EU-Länder offiziell nicht, wohl aber de facto. Osteuropäische Länder sind allesamt keine Einwanderungsländer. Andererseits gibt es in den osteuropäischen Ländern teilweise große Gruppen ethnischer Minderheiten. So gesehen ist der Erfahrungshintergrund eines Umgangs mit Ausländern in den osteuropäischen Ländern ein anderer als in den reichen Industrienationen.

- Die Kinder von Ausländern sollten die gleichen Ausbildungschancen haben wie andere Kinder in Deutschland auch.
- Ausländer, die in Deutschland leben, sollten an Wahlen teilnehmen dürfen.
- Ausländer sollten die Möglichkeit haben, auch in Deutschland ihre eigenen Bräuche und ihren eigenen Lebensstil beizubehalten.
- Ausländer sollten die gleiche Rechte haben, wie jede/r andere in Deutschland.
- Ausländern sollten politische Aktivitäten verboten werden. (Ablehnung)

Jugendliche aus allen Staaten unserer Untersuchung äußern sich positiv zu den Rechten von Frauen (im internationalen Durchschnitt sind dies 85,1 Prozent). Es gibt dennoch beträchtliche Unterschiede zwischen den reichen westlichen Industrieländern und den ehemals sozialistischen Ländern (siehe Tabelle 6). Das Frauenbild ist in Osteuropa deutlich konservativer als im Westen, wobei Jugendliche aus den EU-Beitrittskandidaten Rumänien und Bulgarien sich am wenigsten positiv zu den Rechten von Frauen äußern. Nur 72,9 Prozent setzen sich hier für die Rechte von Frauen ein, während dies in den reichen westlichen Industrieländern 89,3 Prozent sind.

Tabelle 6. Positive Einstellung zu den Rechten von Frauen und von Ausländern (Zustimmung in Prozent)

	Positive Einstellung zu den Rechten von Frauen	Positive Einstellung zu den Rechten von Ausländern
Reiche Industrieländer	89,3	79,5
Deutschland	89,3	73,9
■ Westdeutschland	88,9	78,7
■ Ostdeutschland	90,3	62,0
2004 der EU beigetretene mitteleuropäische Länder	84,4	83,4
Baltische Staaten	81,4	85,1
Osteuropäische EU-Beitrittskandidaten	72,9	79,0
Russland	77,5	84,0
USA	88,6	87,9
internationaler Durchschnitt	85,1	81,8

Die jeweils höchsten und niedrigsten Prozentzahlen sind **fett** gedruckt.

Deutsche Jugendliche stimmen den Rechten von Frauen in gleichem Maße zu wie die Jugendlichen aus anderen reichen westlichen Industrienationen (ebenefalls 89,3 Prozent). Auffällig ist, dass besonders die ostdeutschen Jugendlichen sich für die Rechte von Frauen engagieren (90,3 Prozent). Diese Haltung unterscheidet die ostdeutschen Jugendlichen zwar nicht von den westdeutschen, wohl aber von den Jugendlichen anderer ehemals sozialistischer Länder. In vielen Ländern Osteuropas war die zu sozialistischen Zeiten propagierte gleichberechtigte Stellung von Frauen und Männern mehr offizielle Ideologie als Alltagsrealität. In der DDR war die Stellung von Frauen dagegen stark. Wie neuere Untersuchungen belegen, meint eine Mehrheit von Frauen in den neuen Bundesländern, dass ihre Stellung zu DDR-Zeiten sogar besser gewesen sei als jetzt in der Bundesrepublik [Winkler 2001]. Obwohl die Massenarbeitslosigkeit und der Abbau von Kinderbetreuungsmöglichkeiten vielen Frauen im Osten die traditionelle Hausfrauen- und Mutterrolle aufgezwungen haben, halten die Jugendlichen dennoch an dem Gleichberechtigungsanspruch ihrer Müttergeneration fest.

Deutschland ist aber zugleich, insbesondere der Osten, das Land mit der stärksten Ablehnung von Ausländerrechten. Nur 62,0 Prozent der ostdeutschen Jugendlichen setzen sich für die Rechte von Ausländern ein. Im internationalen Durchschnitt sind dies immerhin 81,8 Prozent. In Westdeutschland ist dieser Prozentsatz zwar deutlich größer (73,9 Prozent) als in Ostdeutschland, dennoch aber geringer als im internationalen Durchschnitt.

Die Gründe für die vergleichsweise ausländerfeindliche Haltung der ostdeutschen Jugendlichen dürften weniger in ihrer allgemein geringeren Toleranz zu finden sein. Immerhin sind sie ja besonders frauenfreundlich. Hier könnten eher Entwicklungen nach der Wende, die die Elterngeneration erlebt hat, ein wesentliche Rolle spielen. Enttäuschte Erwartungen und das (zwar nicht berechnigte aber vorhandene) Gefühl, mit Ausländern um die ökonomischen Pfründe konkurrieren zu müssen, die man für sich selbst erhofft hatte, führen zu einer Ablehnung von Ausländern. Hinzu kommen die Erfahrung einer Zerstörung der eigenen Identität, die Erfahrung einer Abwertung der eigenen Lebensgeschichte als minderwertig und das Gefühl im vereinten Deutschland nur Bürger zweiter Klasse zu sein [Oesterreich 1993].

Demgegenüber haben die anderen osteuropäischen Nationen ihre nationale und kulturelle Identität in der Zeit des sozialen Umbruchs beibehalten. Sie haben nach der Wende begonnen eigenständig eine neue Gesellschaftsordnung aufzubauen.

Jugendliche aus osteuropäischen Länder setzen sich – verglichen mit den reichen westlichen Industrieländern – leicht überdurchschnittlich für die Rechte von Ausländern ein, verglichen mit Deutschland sogar sehr deutlich. In den USA ist die Bereitschaft, Immigranten und ethnischen Minderheiten die gleichen Rechte einzuräumen, noch größer (87,9 Prozent) – die USA definieren sich aber auch klar als ein Einwanderungsland.

Was die Toleranz gegenüber Ausländern in den ehemals sozialistischen Staaten wirklich bedeutet, bleibt wegen der Tatsache, dass es in diesen Ländern Ausländer (insbesondere Immigranten) in sehr viel geringerem Maße als in den reichen westlichen Industrienationen gibt, jedoch offen.

Der Einsatz für die Rechte von Frauen ist bei den Jugendlichen aus den ehemaligen sozialistischen Ländern im Durchschnitt geringer als bei denen aus den reichen westlichen Industrienationen. Dies gilt weniger für die 2004 der EU beigetretenen mitteleuropäischen Länder als die EU-Kandidaten Bulgarien und Rumänien sowie Russland. Im Osten Deutschlands hat sich dagegen der Anspruch auf gleiche Rechte von Männern und Frauen auch nach dem Abbau vieler materieller Vorteile von Frauen (Verdrängung aus dem Berufsleben, Abbau von Kinderbetreuungsmöglichkeiten) nach der Wende aufrecht gehalten. Während die ostdeutschen Jugendlichen die frauenfreundlichste Gruppe in unserer Untersuchung sind, sind sie zugleich die ausländerfeindlichste. Die zeigt, dass es im Osten Deutschlands weniger ein allgemeines Toleranzproblem gibt, sondern vielmehr ein spezifisches Problem mit Ausländern. Die Jugendlichen anderer ehemals sozialistischer Länder sind den Rechten von Ausländern gegenüber eher überdurchschnittlich positiv aufgeschlossen.

3.3. Demokratische Handlungsbereitschaft

Neben der Vermittlung von Kenntnissen über den demokratisch verfassten Rechtsstaat und der Erziehung zu einer demokratischen Grundhaltung ist die dritte Zielsetzung politischer Bildung die Erziehung zu demokratisch-politischem Handeln. Es reicht nicht aus zu wissen, wie die Demokratie funktioniert und/oder eine demokratische Gesinnung zu haben, sondern man muss auch demokratisch handeln.

3.3.1. Bereitschaft zu politischem Handeln

14-jährige Jugendliche können in der Regel noch nicht legal politisch handeln. Wählen gehen und für politische Ämter kandidieren kann man in fast allen Ländern der Welt erst ab 18 Jahren. Deshalb haben wir die Jugendlichen bei den

Fragen zum legalen politischen Handeln gefragt, was sie, wenn sie erwachsen sind, wahrscheinlich tun werden.

Wir haben in unserer Untersuchung insgesamt zwölf Fragen zur Bereitschaft zum politischen Handeln gestellt. Sie wurden mit Hilfe faktorenanalytischer Verfahren wie folgt zu fünf Konzepten zusammengefasst:

1. Erfüllung demokratischer Pflichten

- wählen gehen
- mich vor der Wahl über Kandidaten informieren

2. Aktiv konventionelles politisches Engagement

- in eine politische Partei eintreten
- für ein politisches Amt im Ort kandidieren
- an Zeitungen Briefe über soziale oder politische Probleme schreiben

3. Soziales Engagement

- Zeit aufwenden um armen oder älteren Menschen zu helfen
- Geld für einen guten Zweck sammeln

4. Friedliches Protestverhalten

- Unterschriften für einen offenen Brief sammeln
- An einer friedlichen Protestdemonstration oder einer Kundgebung teilnehmen

5. Illegales Protestverhalten

- Protestparolen auf Wände sprühen
- aus Protest den Verkehr blockieren
- aus Protest öffentliche Gebäude besetzen

Wir haben schon darauf hingewiesen, dass die Antworten auf diese Fragen zum Teil nur Absichtserklärungen sind. Diese Einschränkung gilt aber gleichermaßen für alle befragten Jugendlichen, so dass unterschiedliche Antworten durchaus als Unterschiede zwischen der Handlungsbereitschaft von Jugendlichen in verschiedenen Ländern interpretiert werden können.

Die große Mehrzahl der befragten Jugendlichen ist zu demokratischem Handeln bereit. Besonders groß ist die Bereitschaft, demokratische Pflichten, wie „wählen gehen“ und „sich vor der Wahl über Kandidaten informieren“ wahrzunehmen (siehe Tabelle 7). Hier sind es insbesondere die Jugendlichen der

2004 der EU beigetretenen mitteleuropäischen Länder, die eine hohe Bereitschaft zu solchem politischen Handeln haben (83,0 Prozent). In den baltischen Staaten, in den EU-Beitrittsländern Rumänien und Bulgarien sowie in Russland ist diese Bereitschaft deutlich geringer. Dies gilt aber auch für die Bundesrepublik, in der nur 70,8 Prozent der Jugendlichen sich zur Erfüllung demokratischer Pflichten bekennen.

Neben der insgesamt hohen Wahlbereitschaft fällt die Bereitschaft zu einer aktiven konventionellen politischen Beteiligung, wie „in eine politische Partei eintreten“ oder „für ein politisches Amt vor Ort kandidieren“ extrem ab. In allen an der Untersuchung beteiligten Ländern kann sich nur eine kleine Minderheit von maximal einem Viertel der Befragten vorstellen, jemals aktiv politisch tätig zu sein. Besonders niedrig ist diese Bereitschaft bei den deutschen

Tabelle 7. Politische Handlungsbereitschaft (Zustimmung in Prozent)

	Erfüllung demokratischer Pflichten	Aktives konventionelles politisches Engagement	Soziales Engagement	Friedliches Protestverhalten	Illegales Protestverhalten
Reiche Industrieländer	76,5	14,5	53,9	41,4	13,7
Deutschland	70,8	11,9	55,1	38,2	13,0
■ Westdeutschland	72,4	11,8	57,1	38,3	13,1
■ Ostdeutschland	66,8	12,3	50,2	37,9	12,8
2004 der EU beigetretene mitteleuropäische Länder	83,0	15,7	53,4	36,8	10,6
Baltische Staaten	71,4	21,1	57,5	36,0	13,5
Osteuropäische EU-Beitrittskandidaten	72,1	25,9	68,9	39,1	15,9
Russland	65,4	23,1	67,7	39,6	14,5
Griechenland	84,6	22,6	77,9	61,8	36,8
Kolumbien	86,0	43,3	82,4	70,5	19,2
USA	82,1	24,0	65,2	44,2	12,8
internationaler Durchschnitt	78,4	20,7	63,4	45,7	15,4

Die jeweils höchsten und niedrigsten Prozentzahlen sind **fett** gedruckt.

Jugendlichen mit nur 11,9 Prozent. In den osteuropäischen Ländern ist diese Bereitschaft insgesamt größer als in den reichen westlichen Industrienationen.

Gleichermaßen gering ist die Bereitschaft zu illegalem oder am Rande der Legalität liegendem politischen Protest (zwischen 10 und 16 Prozent). In anderen Ländern der Untersuchung, die wir in den hier durchgeführten Analysen nicht systematisch mit in den Vergleich einbezogen haben, wie z.B. in Griechenland, ist diese Bereitschaft sehr viel größer. 36,8 Prozent der griechischen Jugendlichen sind zu illegalen politischen Protestformen bereit.

Was das soziale Engagement, wie „Zeit aufwenden um armen und älteren Menschen zu helfen“ und „Geld für einen guten Zweck sammeln“ betrifft, gibt es zwischen den Jugendlichen aus den osteuropäischen Ländern und denen aus den reichen Industrienationen teilweise größere Unterschiede. In den EU-Beitrittskandidatenländern, aber gerade auch in Russland, ist die Bereitschaft zu sozialer Hilfe ausgeprägter als in den reichen westlichen Industrienationen. So zeigen sich immerhin 67,7 Prozent der russischen Jugendlichen hilfsbereit gegenüber nur 53,9 Prozent der Jugendlichen aus den reichen Industrieländern.

Am größten ist das soziale Engagement allerdings in den armen Ländern der dritten Welt sowie in den weniger reichen Ländern Südeuropas. In Kolumbien z.B. sind zu sozialem Engagement 82,4 Prozent bereit, in Griechenland 77,9 Prozent. Generell lässt sich auf Grund der Daten unserer Untersuchung sagen, dass die soziale Hilfsbereitschaft in den ärmeren Ländern größer ist als in den reichen Ländern (ausführlicher hierzu [Oesterreich 2002]).

Besonders gering ist die soziale Hilfsbereitschaft bei den ostdeutschen Jugendlichen (50,2 Prozent). Dies mag angesichts der oft zitierten ausgeprägten Nachbarschaftshilfe in der DDR verwundern. Aber auch in diesem Bereich zeigt unsere Untersuchung eine Orientierung der ostdeutschen Jugendlichen an den Werten und Standards der Bundesrepublik, in der ein soziales Engagement von Jugendlichen nur wenig ausgeprägt ist. Eine Rolle könnten auch die nach der Wende enttäuschten Erwartungen der Elterngeneration auf eine radikale ökonomische Besserstellung spielen. Viele Ostdeutsche mögen immer noch auf die „blühenden Landschaften“ hoffen und nicht bereit sein, solange diese nicht vorhanden sind, vom eigenen – relativ großen Wohlstand – etwas abzugeben.

Das friedliche Protestverhalten wird in unserer Untersuchung durch die beiden Fragen „Unterschriften für einen offenen Brief sammeln“ und „An einer friedlichen Protestdemonstration oder einer Kundgebung teilnehmen“ abgedeckt. Die Bereitschaft zu friedlichem Protest ist bei den osteuropäischen Jugendlichen geringfügig schwächer als bei den Jugendlichen aus den reichen westlichen Industrienationen. Insbesondere ein Vergleich zu ärmeren Ländern des Südens zeigt wiederum große Unterschiede. Während die friedliche Protestbereitschaft bei westlichen wie östlichen Ländern um die 40 Prozent herum liegt, sind Jugendliche aus Kolumbien zu einem solchen Protest zu 70,5 Prozent bereit und Jugendliche aus Griechenland zu 61,8 Prozent.

Jugendliche aus den ehemals sozialistischen Ländern unterscheiden sich nur geringfügig in ihrer politischen Handlungsbereitschaft von den Jugendlichen reicher westlicher Industrienationen. Dies gilt insbesondere für die fünf 2004 der EU beigetretenen mitteleuropäischen Länder Polen, Tschechien, Slowakei, Ungarn und Slowenien. Sehr viel größer jedoch ist die politische Handlungsbereitschaft in den ärmeren Ländern des Südens, insbesondere Lateinamerikas.

3.3.2. Politisches Handeln (Mitarbeit in politisch relevanten Gruppen)

Zur Erfassung einer Mitarbeit in Gruppen haben wir insgesamt 15 Gruppen vorgegeben und gefragt, ob der/die Befragte Mitglied einer solchen Gruppe ist oder war. Diese Gruppen umfassen unpolitische Gruppen, wie z.B. Sportvereine oder Computerclubs sowie politische Gruppen, wie z.B. Jugendorganisationen politischer Parteien. Wir haben aus diesen Gruppen für unsere Analysen fünf ausgewählt und analysiert, in welchem Maße sich Jugendliche der verschiedenen Länder in ihnen engagieren. In der Tabelle 8 wird die Mitarbeit in vier politisch relevanten Gruppen der Mitarbeit in einer unpolitischen Gruppe (einem Sportverein) gegenübergestellt. Weggelassen haben wir die Mitarbeit der Jugendlichen in den Jugendorganisationen politischer Parteien, die zwar grundsätzlich interessiert, die aber darzustellen keinen Sinn macht, weil sie altersbedingt zu gering ist (im internationalen Durchschnitt unter 5 Prozent).

Für 14-jährige Jugendliche ist die Mitarbeit in den vier ausgewählten Gruppen politisch relevantes Arbeiten. Insbesondere die Mitarbeit von in der Schule angebotenen Aktivitäten wie Mitarbeit in einer Schülerversammlung oder in einer Schülerzeitung können als Vorformen gesellschaftlichen politischen Engagements verstanden werden. Hier können sich Jugendliche in der Kunst einer demokratischen Interessenartikulation üben.

Tabelle 8. Mitarbeit in politisch relevanten Gruppen (in Prozent)

	In einer Schülervertretung oder einem Schülerparlament	In der Redaktion einer Schülerzeitung	In einer Umweltorganisation	In einer Gruppe, die freiwillige Dienste für die Gesellschaft leistet	Unpolitische Gruppe: Sportverein
Reiche Industrieländer	27,6	18,4	12,5	20,3	77,0
Deutschland	12,6	14,5	9,9	15,8	79,3
■ Westdeutschland	12,1	15,3	11,4	17,6	83,2
■ Ostdeutschland	13,8	12,3	5,5	11,2	69,5
2004 der EU beigetretene mitteleuropäische Länder	16,9	15,7	14,7	13,8	55,4
Baltische Staaten	20,7	11,8	10,4	8,5	56,5
Osteuropäische EU-Beitrittskandidaten	25,7	8,9	10,7	9,2	44,5
Russland	43,1	17,7	11,7	10,5	50,7
USA	33,0	20,8	24,1	50,0	80,6
Griechenland	59,1	47,4	32,0	28,9	73,3
Kolumbien	23,9	21,6	39,8	34,4	72,9
internationaler Durchschnitt	27,6	17,3	15,7	19,1	63,8

Die jeweils höchsten und niedrigsten Prozentzahlen sind **fett** gedruckt.

In Deutschland hat die Schülervertretung allgemein keine große Attraktivität für Jugendliche. Eine erfolgreiche Schülermitbestimmung ist in der Regel schon aus rein zeitlichen Gründen kaum möglich. Wegen des Halbtagsunterrichts, der kaum Freiräume für außerunterrichtliche Aktivitäten enthält, müssten längere Sitzungen von Schülervertretungsorganen auf die freie Nachmittagszeit gelegt werden.

Es verwundert daher nicht, dass in Deutschland besonders wenige Schüler und Schülerinnen Erfahrungen mit Schülerparlamenten oder Schülervertretungen haben (nur 12,6 Prozent). Aber auch in den 2004 der EU beigetretenen mitteleuropäischen ehemals sozialistischen Ländern ist diese Erfahrung gering

(16,9 Prozent), vergleicht man die Zahlen mit dem Durchschnitt der reichen westlichen Industrienationen (27,6 Prozent) und anderer ehemals sozialistischer Länder. Spitzenreiter in Erfahrungen mit Schülervertretungen oder Schülerparlamenten sind die griechischen Jugendlichen mit einem Anteil von 59,1 Prozent.

Auch bei der Mitarbeit in Umweltschutzorganisationen schneiden die deutschen Jugendlichen besonders schlecht ab. Nur 5,5 Prozent der ostdeutschen und 11,4 Prozent der westdeutschen Jugendlichen arbeiten in einer Umweltorganisation mit, gegenüber z.B. 39,8 Prozent in Kolumbien. Da Deutschland sich seit Jahren in einer Vorreiterrolle in Sachen Umweltschutz wähnt, sind diese Zahlen äußerst ernüchternd.

Dass das soziale Engagement in Deutschland gering ist, haben wir bereits im vorigen Abschnitt diskutiert. Die Daten zur Mitarbeit in politisch relevanten Gruppen bestätigen dies nochmals. Während 50 Prozent der US-amerikanischen Jugendlichen in Gruppen mitarbeiten, die freiwillige Dienste an der Gesellschaft leisten, sind dies in Deutschland nur 15,8 Prozent.

In den ehemals sozialistischen Ländern ist dieser Prozentsatz noch geringer und erreicht seinen niedrigsten Wert bei den Jugendlichen aus den baltischen Staaten, in denen nur 8,5 Prozent freiwillig in Gruppen arbeiten, die Dienste an der Gesellschaft leisten. Hier werden offensichtlich Systemunterschiede deutlich. Während im Westen, insbesondere den USA, der Staat für soziale Belange kaum Verantwortung übernimmt und von daher sehr vieles privater Initiative überlassen bleibt, sehen die Menschen in den ehemals sozialistischen Ländern offenbar immer noch den Staat in der Pflicht.

Dies wurde bei unserer Befragung im Rahmen der Fragen nach der Verantwortung der Regierung nur wenig deutlich (siehe Abschnitt 3.2.3). Bei Fragen zu diesem Thema hatten die osteuropäischen Jugendlichen dem Staat nur in geringem Maße eine größere Verantwortung zugeordnet, hier, bei den Fragen nach einer tatsächlichen Mitarbeit in Gruppen, zeigen sich jedoch die osteuropäischen Jugendlichen als besonders wenig sozial engagiert. Osteuropäische Jugendliche haben offenbar gut gelernt, dass in der Marktwirtschaft der Staat nicht mehr für alles, auch nicht immer für das Soziale, verantwortlich gemacht werden kann. Die Konsequenz, dann selber mehr tun zu müssen, haben sie – wie die Ergebnisse dieses Abschnitts zeigen – jedoch bisher nicht gezogen.

Der sehr geringen Mitarbeit der deutschen Jugendlichen in politisch relevanten Gruppen steht ihre häufige Mitgliedschaft in Sportvereinen gegenüber. Westdeutschland nimmt bei der Mitgliedschaft in Sportvereinen einen Spitzenplatz ein (83,2 Prozent der Jugendlichen sind Mitglieder). Auch in Sportvereinen kann ein demokratisches Miteinander gelernt werden, doch dürfte die Relevanz von Sportvereinen für die politische Bildung von Jugendlichen insgesamt geringer sein als die Mitgliedschaft in politisch relevanten Gruppen.

In den ehemals sozialistischen Ländern ist eine Mitgliedschaft in Sportvereinen sehr viel seltener als in Deutschland aber auch im Vergleich zu anderen reichen Industrieländern. Möglicherweise befinden sich Sportvereine in diesen Ländern erst im Aufbau. Im Sozialismus lag die Sportförderung weitgehend im Rahmen schulischer Aktivitäten, private Sportvereine gab es nur wenige.

Die Mitarbeit in zu politischer Arbeit vorbereitenden Gruppen, wie z.B. Schülervertretungen oder Umweltorganisationen ist bei den Jugendlichen aus Osteuropa gering. Sie liegt unterhalb des Durchschnitts der reichen westlichen Industrienationen, die insgesamt ebenfalls – vergleicht man sie mit den ärmeren Ländern des Südens – sehr wenig engagiert sind. Besonders gering ist die Mitarbeit in zu politischer Arbeit vorbereitenden Gruppen in Deutschland.

3.4. Vertrauen in gesellschaftliche Institutionen

Zu einer funktionierenden Demokratie gehört, dass die Bürger und Bürgerinnen Vertrauen in die zentralen gesellschaftlichen Institutionen haben. Trotz aller erforderlichen kritischen Distanz gegenüber gesellschaftlicher Macht muss in einer Demokratie den sie tragenden Institutionen vertraut werden können.

In allen an der Untersuchung beteiligten Ländern ist ein solches Vertrauen weitgehend vorhanden, wenn es auch im Einzelnen sehr stark variiert (siehe Tabelle 9). So wird den die soziale Sicherheit bewahrenden Institutionen, wie den Gerichten und der Polizei, eher viel Vertrauen entgegengebracht (64,9 Prozent Vertrauen im internationalen Durchschnitt), während dem politischen System (Parlament, Regierung und politische Parteien) eher misstraut wird (45,6 Prozent Vertrauen im internationalen Durchschnitt).

In den reichen westlichen Industrienationen ist das Vertrauen in gesellschaftliche Institutionen allgemein größer als in den ehemals sozialistischen Ländern. So vertrauen in den reichen Industrienationen über 50 Prozent den politischen Institutionen ihrer jeweiligen Länder, während es in den EU-Beitrittskandidaten-

Tabelle 9. Vertrauen in gesellschaftliche Institutionen (Zustimmung in Prozent)

	Vertrauen in das politische System	Vertrauen in Schutz- gewährende Institutionen	Vertrauen in die Bildungs- einrichtungen
Reiche Industrieländer	54,5	72,7	70,6
Deutschland	47,1	69,7	67,2
■ Westdeutschland	49,1	72,0	66,1
■ Ostdeutschland	42,1	64,1	69,9
2004 der EU beigetretene mitteleuropäische Länder	41,4	63,2	73,4
Baltische Staaten	37,8	55,6	73,7
Osteuropäische EU-Beitrittskandidaten	34,3	59,1	78,4
Russland	30,9	49,6	82,1
USA	60,7	67,8	72,0
internationaler Durchschnitt	45,6	64,9	74,8

Die jeweils höchsten und niedrigsten Prozentzahlen sind **fett** gedruckt.

ländern Rumänien und Bulgarien aber auch in Russland nur rund ein Drittel sind. Etwas größer ist das Vertrauen in den 2004 der EU beigetretenen Ländern mit 41,4 Prozent.

Eine Sonderstellung hat das Vertrauen in die nationalen Bildungseinrichtungen. In allen osteuropäischen Ländern ist dieses Vertrauen vergleichsweise groß, und zwar im Durchschnitt höher als in den reichen westlichen Industrienationen. So vertrauen beispielsweise 82,1 Prozent der russischen Jugendlichen den Bildungseinrichtungen ihres Landes gegenüber nur 67,2 Prozent in Deutschland.

Diese Ergebnisse spiegeln wahrscheinlich Erfahrungen mit den gesellschaftlichen Verhältnissen der jeweiligen Länder wider. Das Vertrauen in die Politik ist in den ehemals sozialistischen Ländern stark erschüttert, sei es durch die Erfahrungen mit den alten Regimes oder durch Erfahrungen während und nach der Umbruchzeit. 14-jährige Jugendliche haben solche Erfahrungen zwar selber kaum gemacht, doch spiegeln sich in ihren Antworten die politischen und

gesellschaftlichen Erfahrungen ihrer Elterngeneration wider. Deshalb wird auch den Bürger schützenden Institutionen, wie den Gerichten und der Polizei, weniger vertraut als in den reichen Industrienationen; Gerichte und Polizei hatten sich in der Vergangenheit oft als Handlanger des politischen Systems erwiesen.

Das hohe Vertrauen in die Bildungseinrichtungen wirkt ermutigend. Offensichtlich wurden und werden die Bildungseinrichtungen als weniger korrupt erlebt als andere zentrale gesellschaftliche Institutionen. Am Beispiel Russlands wird dies besonders deutlich: 82,1 Prozent der russischen Jugendlichen vertrauen den Bildungsinstitutionen ihres Landes aber nur 30,9 Prozent den politischen Institutionen.

Insgesamt vertrauen Jugendliche in den ehemals sozialistischen Ländern dem politischen System (Regierung, Parlament, Parteien) deutlich weniger als Jugendliche im Westen. Besonders gering ist dieses Vertrauen bei den russischen Jugendlichen. Andererseits ist das Vertrauen in die Bildungseinrichtungen bei den Jugendlichen im Osten größer als im Westen.

3.5. Erfahrungen der Jugendlichen in der Schule

Welche Erfahrungen machen Jugendliche in der Schule und welche Konsequenzen hat dies für ihre politische Bildung? Politische Bildung wird nicht nur im Fachunterricht der Fächer Sozialkunde, Geschichte oder Erdkunde vermittelt, sondern unmittelbar auch durch die Art und Weise, wie Lehrer/innen mit Schüler/innen sowie Schüler/innen untereinander interagieren, und zwar in allen Fächern. Der Schulalltag selbst ist also ein zentraler Ort des Lernens für politische Bildung. Um im Schulalltag zu Demokratie zu erziehen, müssen Jugendliche im Unterricht aufgefordert werden ihre Meinung zu sagen und sie mit anderen zu diskutieren. Das Schaffen eines offenen Diskussionsklimas ist eine erfolgreichere Unterrichtsmethode als traditionelle Lernformen, wie das Auswendiglernen von Daten und Fakten oder lehrerzentrierter Unterricht [Torney, Oppenheim und Farnen 1975; Hahn 1998; Torney-Purta, Hahn und Amadeo 2001].

Wir haben die Jugendlichen nach ihren Erfahrungen mit der Offenheit des Unterrichts und des Diskussionsklimas gefragt. Die Frage in Tabelle 10, ob die Jugendlichen ermuntert werden, eigene Meinungen zu entwickeln, steht beispielhaft für eine ganze Reihe von Fragen zu einem offenen Diskussionsklima.

Tabelle 10. Erfahrungen der Jugendlichen im Unterricht (Zustimmung in Prozent)

	Schüler/innen werden dazu ermuntert, eigene Meinungen zu entwickeln	Um von den Lehrern/innen gute Noten zu bekommen, ist es am besten, Daten und Fakten auswendig zu lernen	Lehrer/innen halten Vorträge, und die Schüler/innen schreiben mit
Reiche Industrieländer	80,7	57,8	62,8
Deutschland	85,2	69,7	47,3
■ Westdeutschland	84,3	65,9	45,8
■ Ostdeutschland	87,1	79,0	51,0
2004 der EU beigetretene mitteleuropäische Länder	69,8	71,3	64,3
Baltische Staaten	73,5	73,5	64,0
Osteuropäische EU-Beitrittskandidaten	65,8	77,2	80,9
Russland	68,7	83,6	76,0
USA	85,2	65,7	79,7
internationaler Durchschnitt	76,4	65,3	68,0

Die jeweils höchsten und niedrigsten Prozentzahlen sind **fett** gedruckt.

Mehr Jugendliche aus den reichen westlichen Industrienationen als aus ehemals sozialistischen Ländern machen die Erfahrung von ihren Lehrern/innen aufgefordert zu werden eigene Meinungen zu entwickeln. Im Westen berichten 80,7 Prozent über solche Erfahrungen, in den 2004 der EU beigetretenen mitteleuropäischen Staaten sind es 69,8 Prozent.

Im Vergleich zu den reichen westlichen Industrienationen berichten die Jugendlichen aus den ehemals sozialistischen Ländern über einen deutlich konservativeren, weniger am Prinzip der Diskursivität orientierten Unterricht. 57,8 Prozent der Jugendlichen aus den reichen westlichen Ländern berichten über die Erfahrung, dass Fakten auswendig zu lernen die beste Methode sei um gute Noten zu bekommen, aber durchweg über 70 Prozent berichten über eine solche Erfahrung in den ehemals sozialistischen Ländern. In Russland sind es gar 83,6

Prozent und auch in Ostdeutschland ist dieser Prozentsatz mit 79,0 Prozent höher als in Westdeutschland (65,9 Prozent). Ähnlich, wenn auch weniger stark ausgeprägt, sind die Ergebnisse bezüglich lehrerzentrierten Unterrichts. 62,8 Prozent der Jugendlichen aus den reichen Ländern meinen, in ihrem Unterricht würden die Lehrer/innen Vorträge halten und die Schüler/innen würden mitschreiben. In den ehemals sozialistischen Ländern reicht dieser Prozentsatz von 64,0 Prozent in den baltischen Staaten bis zu 80,9 Prozent bei den EU-Beitrittskandidaten.

Der hohe Anteil von lehrerzentriertem Unterricht sowie die Bedeutung von Daten- und Faktenlernen an den Unterrichtserfahrungen der Jugendlichen aus den ehemals sozialistischen Ländern trägt mit zur Erklärung bei, warum in diesen Ländern beim politischen Wissen der Anteil der richtigen Antworten beim reinen Faktenwissen größer ist als derjenige beim schlussfolgernden Wissen: Fakten lassen sich leichter auswendig lernen. Auch die ausgeprägt positiven Einstellungen zur Demokratie und zu den staatsbürgerlichen Pflichten können, zumindest teilweise, mit einem Auswendiglernen der Grundprinzipien von Demokratie erklärt werden. Zu Toleranz erzieht ein solcher Unterricht dagegen nur begrenzt, was sich gut mit den Ergebnissen zu einer sehr viel geringeren Neigung der osteuropäischen Jugendlichen, Frauen gleiche Rechte einzuräumen, aber auch dem geringen individuellen Engagement für soziale Belange verbinden lässt.

Die Erfahrungen der Jugendlichen in der Schule differieren beträchtlich zwischen Ost und West. Jugendliche aus den reichen Industrienationen berichten über einen deutlich offeneren Unterricht, in dem zu Diskussion und unterschiedlicher Stellungnahme aufgefordert wird. Jugendliche aus den ehemals sozialistischen Ländern berichten demgegenüber über viel Auswendiglernen und Faktenlernen sowie traditionell lehrerzentrierten Unterricht.

4. Zusammenfassende Überlegungen

Zu Zeiten des Kalten Krieges gab es keine vergleichenden Untersuchungen zwischen Jugendlichen im Osten und Westen. Die erste große internationale vergleichende Studie zur politischen Bildung der IEA aus dem Jahre 1970 beschränkte sich auf zehn westliche Demokratien [Torney, Oppenheim und Farnen 1975]. Insofern ist mit der IEA Untersuchung von 1999 das erste Mal ein direkter Vergleich der politischen Bildung zwischen Jugendlichen in Ost und West möglich geworden. Zweifellos sind die Jugendlichen im Osten in

ihrem politischen Handeln und Denken nicht mehr dieselben wie noch vor zehn Jahren. Eine Demokratisierung hat in allen osteuropäischen Ländern eingesetzt, acht Länder sind im Sommer 2004 der EU beigetreten, zwei weitere werden dies 2007 tun. Die IEA-Untersuchung gibt die Chance diesen Prozess einer Demokratisierung auf den Ebenen des politischen Wissens, demokratischer Einstellungen und demokratischer Handlungsbereitschaft zu überprüfen.

Das Fazit ist eindeutig: 14-jährige Jugendliche aus Osteuropa unterscheiden sich im Jahre 1999 weder in ihren Kenntnissen zum demokratisch verfassten Rechtsstaat, noch in ihren politischen Einstellungen oder in ihrer politischen Handlungsbereitschaft grundlegend von Jugendlichen im Westen. Insbesondere ihre Kenntnisse zum demokratisch verfassten Rechtsstaat sind groß, auch ihre Bereitschaft politisch aktiv zu werden, ist sicher nicht geringer als die von Jugendlichen in den reichen westlichen Industrienationen.

Dennoch gibt es noch Defizite. So sind die Jugendlichen aus den ehemals sozialistischen Ländern beim Wissenstest deutlich besser bei den reinen Wissensfragen, während ihre Fähigkeit politisches Wissen schlussfolgernd anzuwenden, weniger ausgeprägt ist. Ein klares Defizit ist auch ihre – verglichen mit den Jugendlichen aus dem Westen – geringe Bereitschaft sich für die Rechte von Frauen einzusetzen.

Innerhalb der Gruppe der ehemals sozialistischen Länder gibt es allerdings deutliche Unterschiede. Die Jugendlichen der 2004 der EU beigetretenen mitteleuropäischen Länder Polen, Tschechien, Slowakei, Slowenien und Ungarn ähneln am stärksten den Jugendlichen aus dem Westen. Von Defiziten im Demokratieverständnis lässt sich bei ihnen nicht sprechen. Größere Unterschiede zum Westen gibt es bei den drei baltischen Staaten Estland, Lettland und Litauen, den EU-Beitrittskandidaten Rumänien und Bulgarien sowie Russland.

Der Unterricht ist in den ehemals sozialistischen Ländern nach den Erfahrungen der Jugendlichen noch recht traditionell mit einem Schwerpunkt auf lehrerzentriertem Unterricht und dem Auswendiglernen von Fakten und Daten. Der offene Austausch von Meinungen bleibt dagegen gegenüber den Erfahrungen von Jugendlichen aus dem Westen zurück. Dies bedeutet, dass Lernchancen, in der Schule direkt durch die Art und Weise des Umgangs miteinander Demokratie zu praktizieren und zu internalisieren, noch vergeblich

werden. Was solche Ergebnisse jedoch konkret für die Lernbedingungen, die Lerngewohnheiten und die Lernchancen der Jugendlichen bedeutet, muss offen bleiben. Hier spielen Traditionen der jeweiligen Länder eine große Rolle, vor allem aber das Zusammenspiel von elterlicher und schulischer Sozialisation. Schule kann in einer Gesellschaft nicht grundsätzlich anders erziehen als dies in den Elternhäusern geschieht. Ein traditioneller Unterricht mit starker Lehrerzentrierung und einem Schwerpunkt auf Auswendiglernen gilt zwar auf Grund wissenschaftlicher Untersuchungen als weniger qualifizierend, ein solcher Unterricht korrespondiert aber möglicherweise mit den durch die nationale Gesellschaft und das Elternhaus generierten Erwartungshaltungen der Jugendlichen, die in einem solchen Kontext effizient lernen und mit offeneren Unterrichtsformen, die sie nicht kennen, vielleicht Schwierigkeiten hätten. Solchen Überlegungen lässt sich mit rein quantitativen Untersuchungen nicht angemessen nachgehen. Hierzu sind Erkundungen vor Ort (Gespräche mit Schulleitungen, Lehrer/innen und Schüler/innen), vor allem aber Unterrichtsbeobachtungen erforderlich.

Generell aber dürfte der Stellenwert des Politikunterrichts an den Schulen für die politische Bildung nicht allzu groß sein. So gab es z.B. in zwei der teilnehmenden Länder (England und Dänemark) im Jahre 1999 überhaupt kein Fach „Politische Bildung“. Dennoch haben die Jugendlichen beider Länder ein durchschnittliches politisches Wissen. Im deutschen Teil des Civic-Education Projekts haben wir die Jugendlichen direkt gefragt, woher sie denn ihre politischen Kenntnisse hätten [Oesterreich 2002, S. 84 ff.]. Eindeutig stehen hier die Medien im Vordergrund. „Aus Nachrichtensendungen und politischen Magazinen im Fernsehen“ sagen 59 Prozent der Jugendliche und „Aus Zeitungen“ 43 Prozent. Es folgen Gespräche mit den Eltern („mit dem Vater“ sagen 38 Prozent, „mit der Mutter“ 31 Prozent) und dann erst folgt in der Rangreihe mit 30 Prozent „aus dem Politikunterricht (Sozialkunde/Gemeinschaftskunde) in der Schule“. Eine noch geringere Rolle spielen Gespräche mit Gleichaltrigen und Freunden sowie Gespräche mit Lehrern oder Lehrerinnen.

Die Gründe für Unterschiede in der politischen Bildung dürften mehr mit der Alltagsorganisation der Schulen zusammenhängen, insbesondere dem Schulklima aber auch der politischen Kultur eines Landes. Die Bildungssysteme der osteuropäischen Länder unterscheiden sich in ihrem Aufbau allerdings nicht grundsätzlich von denen der meisten westlichen Demokratien (siehe Anhang). Wenn es ein Land gibt, das von der Organisation seiner Schulstruktur her aus dem internationalen Rahmen fällt, dann ist dies Deutschland mit seiner

einmaligen Kombination eines dreigliedrigen Aufbaus der Sekundarstufe mit einem Halbtagsschulsystem. In den osteuropäischen Ländern dominieren wie im Westen Einheits- oder Gesamtschulen mit überwiegend Ganztagsunterricht. Nach Reformen, die in den letzten Jahren durchgeführt wurden, gibt es in einigen der ehemals sozialistischen Staaten neben den Einheits- und Gesamtschulen mittlerweile auch stärker differenzierende Schulformen. Alle Unterschiede sind aber so gering, dass sie zu einer Erklärung der Befunde nicht ausreichen.

Bleiben Unterschiede in der politischen Kultur. Diese sind aber äußerst schwierig wissenschaftlich zu bestimmen. Man wird nicht unterstellen können, dass die osteuropäischen Länder so wenige Jahre nach der Überwindung des Sozialismus bereits eine intensive Tradition einer demokratischen politischen Kultur entwickelt haben könnten. Gerade wenn man sich die Ergebnisse zum Vertrauen in die gesellschaftlichen Institutionen vor Augen führt (siehe Abschnitt 3.4.), wird deutlich, dass gerade in diesen Ländern nach wie vor ein beträchtliches Misstrauen in die politischen Institutionen vorhanden ist, das es in dieser Ausprägung in den reichen westlichen Industrienationen nicht gibt.

Weiterführender könnte die Beobachtung sein, dass die Jugendlichen aus den mitteleuropäischen, ehemals sozialistischen Ländern, die 2004 der EU beigetreten sind, über ein höheres Niveau politischer Bildung zu verfügen scheinen (politisches Wissen, Toleranz, konventionelle politische Beteiligung) als Jugendliche aus den anderen ehemals sozialistischen Ländern. Diese Länder sind die am meisten westlich orientierten Länder, die als erste in die EU wollten und die zudem eine lange Tradition demokratischen Widerstandes gegen die Regimes ihrer Länder haben. Seit den 50er Jahren (Ungarn und Polen) und 60er Jahren (Tschechoslowakei) haben sich hier Widerstandsgruppen im Namen der Menschenrechte zusammengefunden und die Befreiung von der sozialistischen Herrschaft versucht. In Rumänien und Bulgarien gab es solchen Widerstand in sehr viel geringerem Maße und in den baltischen Staaten stand beim Widerstand gegen die Regimes eindeutig die Befreiung von der sowjetischen Fremdherrschaft im Vordergrund. Sieht man Demokratie als Ziel und zu bewältigende Aufgabe, dann haben die mitteleuropäischen, ehemals sozialistischen Länder diese Herausforderung als Erste angenommen. Gerade da, wo Demokratie keine Selbstverständlichkeit ist, ist das Bemühen um sie von besonderer Wichtigkeit. In den reichen westlichen Industrienationen gibt es eher eine Gleichgültigkeit gegenüber der Demokratie; oft

werden hier nur ihre negativen Aspekte wahrgenommen. In den Ländern Osteuropas ist sie aber noch in stärkerem Maße eine Hoffnung und ein Versprechen.

5. Literatur

Deutsches PISA-Konsortium (Hrsg.) (2001): PISA 2000. Basiskompetenzen von Schülern und Schülerinnen im internationalen Vergleich. Opladen, Leske + Budrich.

Döbert, H.; Hörner, W.; Kopp, B. v. und Mitter, W. (Hrsg.) (2002): Die Schulsysteme Europas. Baltmannsweiler, Schneider Verlag.

Eurydice (2004): http://www.eurydice.org/Documents/struct2/frameset_DE.html (ein Informationsnetz zur Bildung in Europa)

Hahn, Carol (1998): *Becoming Political. Comparative Perspectives on Civic Education*. Albany, SUNY Press.

Händle, Christa; Oesterreich, Detlef und Trommer, Luitgard (1999): *Aufgaben politischer Bildung in der Sekundarstufe I*. Opladen, Leske + Budrich.

Human Development Report (2000): Oxford, Oxford University Press.

Kaase, Max und Newton, Kenneth (1995): *Beliefs in Government*. New York, Oxford University Press.

Oesterreich, Detlef (1993): *Autoritäre Persönlichkeit und Gesellschaftsordnung*. Weinheim, Juventa.

Oesterreich, Detlef (2001): Die politische Handlungsbereitschaft von deutschen Jugendlichen im internationalen Vergleich. *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 51, S. 13–22.

Oesterreich, Detlef (2002): *Politische Bildung von 14-Jährigen in Deutschland*. Opladen, Leske + Budrich.

Oesterreich, Detlef (2003): Offenes Diskussionsklima im Unterricht und politische Bildung von Jugendlichen In: *Zeitschrift für Pädagogik* Jg. 49, H. 6, S. 817–836.

Prenzel, M.; Baumert, J.; Blum, W.; Lehmann, R.; Leutner, D.; Neubrand, M.; Pekrun, R.; Rolff, H.-G.; Rost, J. und Schiefele, U. (Hrsg.) (2004): PISA 2003. Der Bildungsstand der Jugendlichen in Deutschland – Ergebnisse des zweiten internationalen Vergleichs. Münster, Waxmann.

Torney, Judith; Oppenheim, Abraham und Farnen, Russell (1975): Civic education in ten countries. New York, Wiley.

Torney-Purta, Judith; Schwille, John und Amadeo, Jo-Ann (Hrsg.) (1999): Civic Education across Countries: Twenty-four National Case Studies from the IEA Civic Education Project. Delft, Eburon Publishers.

Torney-Purta, Judith; Lehmann, Rainer; Oswald, Hans und Schulz, Wolfram (2001): Citizenship and Education in Twenty-eight Countries. Civic Knowledge and Engagement at Age Fourteen. Amsterdam, Eburon Publishers.

Torney-Purta, Judith; Hahn, Carol, Amadeo, Jo-Ann (2001): Principles of subject-specific instruction in education for citizenship. In: Brophy, J. (Hrsg.): Subject-specific instructional methods and activities. S. 371–408, Greenwich, Jai Press.

Trommer, Luitgard (1999): Eine Analyse der Lehrpläne zur Sozialkunde in der Sekundarstufe I. In: Händle, Christa; Oesterreich, Detlef und Trommer, Luitgard. Aufgaben politischer Bildung in der Sekundarstufe I. Opladen, Leske + Budrich.

Winkler, Gunnar (2001): Untersuchungen des Sozialreports 2001. Zur Lage in den Neuen Bundesländern. Berlin.

6. Anhang

Im Folgenden werden die Bildungssysteme der an der Untersuchung teilnehmenden osteuropäischen Länder und Deutschlands kurz charakterisiert. Wir stellen dabei nur diejenigen Merkmale vor, über die Informationen vorliegen und die in vergleichbarer Form dargestellt werden können. Dies sind erstaunlich wenige. Bei vielen Angaben, z.B. zur Lehrerausbildung, zu Zensuren, zu Versetzungen, zur Schulpflicht und zur Struktur der Bildungssysteme sind Vergleiche kaum möglich, da die Strukturen auch innerhalb einzelner Länder ganz unterschiedlich sein können. Deutschland selbst mag dafür das markanteste Beispiel sein. Wir haben zwar überwiegend Halbtagschulen, aber auch Ganztagschulen, wir haben eine dreigegliederte Sekundarstufe I, in einigen (überwiegend den neuen) Bundesländern aber auch eine zweigliedrige (hier sind häufig Realschulen und Hauptschulen zu Regelschulen zusammengefasst). Wir haben schließlich Gesamtschulen. Auch der Übergang von der Grundschule auf die Sekundarstufe erfolgt nicht überall zum gleichen Zeitpunkt; in Brandenburg und Berlin erst nach der 6. Klasse im Gegensatz zu den anderen Bundesländern, die eine Selektion bereits nach der 4. Klasse vornehmen.

Die folgenden Übersichten dienen deshalb nur der Information. Man kann aus ihnen nicht die in der Untersuchung gefundenen Leistungs- und Einstellungsunterschiede der Jugendlichen in verschiedenen Ländern erklären. Was tatsächlich gelernt wird, wie Unterricht abläuft, welchen Stellenwert strukturelle Rahmenbedingungen für den Lernerfolg haben, dürfte sich nur vor Ort mit Hilfe qualitativer Forschung ermitteln lassen. Es ist bedauerlich, dass im derzeitigen Bemühen immer größere Leistungs- und Einstellungsstudien zu erstellen, der eigentliche Lernprozess so wenig Beachtung erfährt. Damit wird jedoch nicht die Forderung erhoben, mehr wissenschaftliche Laboratoriumsuntersuchungen zu machen, die es durchaus gibt, sondern Studien zum Lernprozess unter den realen schulischen Bedingungen durchzuführen.

Die folgenden Angaben stammen von nationalen Websites und aus wissenschaftlichen Publikationen und Berichten internationaler Organisationen [Döbert u. a. 2001; Eurydice 2004; Human Development Report 2000].

Bulgarien

In Bulgarien beginnt die allgemeine Schulpflicht mit dem Alter von sechs oder sieben Jahren (nach Wunsch der Eltern) und endet mit dem 16. Lebensjahr. Die

achtjährige „Grundschule“ unterteilt sich in zwei Stufen, die Primarstufe (vier Jahre) und das Progymnasium (Sekundarbereich I, vier Jahre). Anschließend besucht man entweder eine allgemeinbildende Schule oder ein Gymnasium (Spezialisierung) für vier Jahre, oder man besucht für drei bis vier Jahre eine technische oder berufliche Schule. Die gesamte Unterrichtszeit beträgt pro Jahr 765 bis 867 Stunden.

Estland

In Estland beginnt die allgemeine Schulpflicht mit dem Alter von sieben Jahren und endet mit dem 15. Lebensjahr (bei Abschluss der Hauptschule, sonst Schulpflicht bis zum 17. Lebensjahr). Die neunjährige „Hauptschule“ unterteilt sich in zwei Stufen, die Primarstufe (vier Jahre) und den Sekundarbereich I (fünf Jahre). Anschließend kann man für drei Jahre ein Gymnasium oder eine Berufsschule besuchen. Die gesamte Unterrichtszeit beträgt pro Jahr 893 Stunden.

Lettland

In Lettland beginnt die allgemeine Schulpflicht mit dem Alter von sieben Jahren und endet mit dem 16. Lebensjahr (bei Abschluss der Basisschule, sonst Schulpflicht bis zum 18. Lebensjahr). Die neunjährige „Basisschule“ unterteilt sich in zwei Stufen, die Primarstufe (vier Jahre) und die Grundstufe (Sekundarbereich I, fünf Jahre). Anschließend besucht man für drei Jahre entweder eine allgemeinbildende Sekundarschule oder ein Gymnasium (Vertiefungsprofile) oder eine Berufsschule (drei bis vier Jahre). Neben diesem Grundmodell gibt es auch einen Aufbau des Schulsystems mit eigenständigen Grundschulen sowie Schulen, welche die Klassenstufen 1–12 anbieten. Die gesamte Unterrichtszeit beträgt pro Jahr 852 Stunden.

Litauen

In Litauen beginnt die allgemeine Schulpflicht mit dem Alter von sechs oder sieben Jahren (nach Reifegrad) und endet mit dem 16. Lebensjahr. Die Grundschule dauert vier Jahre. In der Sekundarstufe I wird für fünf Jahre die Basisschule besucht. Anschließend kann ein Gymnasium (vertiefender Unterricht), eine allgemeine weiterführende Schule (Mittelschule, Klassen 10–12) oder eine Berufsschule (Berufsausbildung) besucht werden. Das Gymnasium (mit verschiedenen Profilen) wird nach der 8. Klasse für vier Jahre besucht. Die gesamte Unterrichtszeit beträgt pro Jahr 689 Stunden.

Polen

In Polen beginnt die allgemeine Schulpflicht im Alter von sieben Jahren und endet mit dem 16. Lebensjahr. (Seit 2003/04 gibt es ein verpflichtendes Vorschuljahr im Alter von sechs Jahren). Grundlage des polnischen Bildungswesens war bis 1999 die einheitliche achtklassige Grundschule. In einer Schulreform von 1998/99 wurde diese auf sechs Jahre verkürzt und in zwei Phasen aufgeteilt, den integrierten Anfangsunterricht (drei Jahre) und den Blockunterricht (drei Jahre). Die anschließende dreijährige Sekundarstufe I nennt sich jetzt Gymnasium und ist für alle Schüler verpflichtend. Im Sekundarbereich II gibt es jetzt verschiedene Schultypen: das dreijährige Lyzeum, das vierjährige Technikum oder eine zwei- bis dreijährige Berufsschule. Die gesamte Unterrichtszeit beträgt pro Jahr 870 Stunden.

Rumänien

In Rumänien beginnt seit 2003/2004 eine zehnjährige allgemeine Schulpflicht mit dem Alter von sechs Jahren und endet mit dem 16. Lebensjahr. Im Jahr 1998, als die CIVIC-Studie durchgeführt wurde, gab es eine achtjährige Schulpflicht. Die Grundschule dauert vier Jahre. Nach der Sekundarstufe I wird für vier Jahre das sogenannte „Gymnasium“ besucht. Anschließend kann für vier Jahre ein akademisches oder ein technisches Lyzeum besucht werden oder für zwei bis drei Jahre die Berufsschule. Die gesamte Unterrichtszeit beträgt pro Jahr 870 Stunden.

Russland

Die allgemeine Schulpflicht beginnt mit dem Eintritt in die Grundschule und endet mit Vollendung des 15. Lebensjahres. Der Schuleintritt wurde in den 80er Jahren überwiegend vom 7. auf das 6. Lebensjahr vorverlegt. Kernstück des allgemein bildenden Schulsystems ist die „Mittelschule“, die je nach Schuleintritt mit sechs oder sieben Jahren eine drei- oder vierjährige Primarstufe umfasst, eine fünfjährige Sekundarstufe I (Klassen 5–9) und eine zweijährige Sekundarstufe II (Klassen 10 und 11). Des Weiteren gibt es so genannte „Spezialschulen“ mit vertieftem Unterricht in einzelnen Fächern (frühzeitige Selektion und Förderung). Neu eingeführt wurden so genannte Gymnasien und Lyzeen, die vor allem der Hochschulvorbereitung dienen. Beide werden nach der 11. Klasse abgeschlossen. Das Gymnasium kann in Klasse 5 oder 7 begonnen werden (manchmal auch ab der 1. Klasse), das Lyzeum ab Klasse 8 oder 10 (manchmal auch Klasse 5). Nach der Sekundarstufe I ist auch der Besuch von technischen Schulen (Technika, 2–4 Jahre) und von Berufsschulen (2–3 Jahre) möglich. Die gesamte Unterrichtszeit beträgt pro Jahr 859 Stunden.

Slowakei

In der Slowakei beginnt die allgemeine Schulpflicht mit dem Alter von sechs Jahren und endet mit dem 16. Lebensjahr. Die neunjährige „Grundschule“ unterteilt sich in zwei Stufen, die Primarstufe (vier Jahre) und die Sekundarstufe I (fünf Jahre). Der Besuch eines achtjährigen Gymnasiums ist nach der 4. Klasse möglich (für hochbegabte Schüler). Nach der Grundschule besucht man entweder das Gymnasium (vier Jahre), eine Fachoberschule (vier Jahre) oder eine Berufsschule (ein bis drei Jahre). Die gesamte Unterrichtszeit beträgt pro Jahr 831 Stunden.

Slowenien

In Slowenien beginnt seit 1999/2000 die allgemeine Schulpflicht mit dem Alter von sechs Jahren und endet mit dem 15. Lebensjahr. Davor gab es nur acht Jahre Schulpflicht. Die neunjährige „Grundschule“ unterteilt sich in drei Perioden, von der 1.-3. Klasse, von der 4.-6. Klasse und von der 7.-9. Klasse. (Die achtjährige Grundschule war in zwei vierjährige Zyklen unterteilt (1. bis 4. Klasse, 5. bis 8. Klasse). Anschließend kann man ein Gymnasium (vier Jahre), eine technische Schule (vier Jahre) oder eine berufliche Schule (drei Jahre) besuchen. Die gesamte Unterrichtszeit beträgt pro Jahr 831-844 Stunden.

Tschechien

In Tschechien beginnt die allgemeine Schulpflicht mit dem Alter von sechs Jahren und endet mit dem 15. Lebensjahr. Die neunjährige Grundschule ist in zwei Stufen unterteilt, die Primarstufe (fünf Jahre) und die Sekundarstufe I (vier Jahre). Die Grundschule ist der übliche Bildungsweg, den etwa 90 Prozent aller Kinder verfolgen. Die Sekundarstufe II wird am vierjährigen Gymnasium (nach Abschluss der neunjährigen Grundschule) durchgeführt. Eine Spezialisierung ist möglich. Weiterhin gibt es drei- bis vierjährige Fachsekundarschulen (technische Schulen) und zwei- bis dreijährige berufliche Schulen. Als alternative Bildungsgänge werden zwei Formen von Gymnasien angeboten: Eines davon umfasst acht Jahre und beginnt nach der 5. Klasse, das andere umfasst sechs Jahre und beginnt nach der 7. Klasse. Die gesamte Unterrichtszeit beträgt pro Jahr 947 Stunden.

Ungarn

In Ungarn beginnt die allgemeine Schulpflicht mit dem Alter von fünf Jahren und endet mit dem 18. Lebensjahr. Verpflichtend ist ein Jahr Vorschule im Alter von fünf Jahren, ab dem 16. Lebensjahr kann man auch eine Berufsschule

besuchen. Bis 1998 endete die Schulpflicht mit dem 16. Lebensjahr. Die achtjährige „Grundschule“ ist in zwei Stufen unterteilt, die Unterstufe (vier Jahre) und die Oberstufe (Sekundarstufe I, vier Jahre). Die Sekundarstufe II wird an einem Gymnasium, einer Fachmittelschule oder an einer Berufsschule für jeweils vier Jahre absolviert. Der Wechsel aufs Gymnasium ist auch nach der 4. und der 6. Klasse möglich. Die gesamte Unterrichtszeit beträgt pro Jahr 871 Stunden.

Deutschland

In Deutschland beginnt die allgemeine Schulpflicht mit dem Alter von sechs Jahren und endet mit dem 15. oder 16. Lebensjahr (Ländersache). Die Grundschule dauert in 14 Bundesländern vier Jahre, in Berlin und Brandenburg sechs Jahre. Anschließend besucht man in der Sekundarstufe I das Gymnasium (acht oder neun Jahre), die Realschule (sechs Jahre) oder die Hauptschule (fünf oder sechs Jahre). Daneben werden in der Sekundarstufe I auch Gesamtschulen angeboten. In einigen Bundesländern gibt es nach der Grundschule eine zweijährige Orientierungsstufe in den verschiedenen Schultypen. Die Sekundarstufe II absolviert man auf dem Gymnasium, dem Fachgymnasium, dem Beruflichen Gymnasium oder der Gesamtschule. Nach dem Besuch der Realschule oder der Hauptschule schließt sich mit einer Teilzeit-Schulpflicht bis 18 Jahre die Berufsschule an.

Der Fonds „Erinnerung und Zukunft“

Nach Abschluss der Auszahlungen humanitärer Leistungen durch die Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ an ehemalige Zwangsarbeiter und andere NS-Opfer bleibt der Fonds „Erinnerung und Zukunft“ als Förderstiftung auf Dauer tätig.

Sein gesetzlicher Auftrag besteht darin, Projekte zu fördern, die der Völkerverständigung, den Interessen von Überlebenden des nationalsozialistischen Regimes, dem Jugendaustausch, der sozialen Gerechtigkeit, der Erinnerung an die Bedrohung durch totalitäre Systeme und Gewaltherrschaft sowie der internationalen Zusammenarbeit auf humanitärem Gebiet dienen. Seit Aufnahme der Fördertätigkeit im April 2002 unterstützt der Fonds vornehmlich Bildungsprojekte, humanitäre Initiativen und Stipendienprogramme.

358 Millionen Euro des Stiftungsvermögens sind in Form einer Kapitalstiftung für den Fonds „Erinnerung und Zukunft“ bestimmt. Aus den Erträgen von jährlich rund sieben Millionen Euro fördert der Fonds vorrangig internationale Programme und Projekte, die Brücken nach Mittel- und Osteuropa, Israel und in die USA bauen.

Fonds „Erinnerung und Zukunft“
Markgrafenstraße 12-14
10969 Berlin

Telefon +49 (0)30 25 92 97 80
Telefax +49 (0)30 25 92 97 42
E-Mail info@zukunftsfonds.de
www.zukunftsfonds.de

